

**4. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 28. Mai 2020,
Stadttheater Olten, Konzertsaal
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.00 Uhr**

Anwesend sind: 39 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Reto Grolimund, 3. Urs Knapp, 4. David Plüss, 5. Madeleine Portmann,
6. Daniel Probst, 7. Simone Sager, 8. Deny Sonderegger, 9. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Eugen Kiener, 4. Huguette Meyer Derungs,
5. Dr. Rudolf Moor, 6. Luc Nünlist, 7. Dr. Arnold Uebelhart, 8. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Beat Felber, 3. Thomas Kellerhals, 4. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Michael Neuenschwander, 3. Raphael Schär, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Philippe Ruf, 3. Ursula Rüegg, 4. Christian Werner

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Simon Muster

Olten jetzt!:

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Denise Spirig

parteilos:

1. Ernst Eggmann

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Direktion Bau
Marion Rauber, Direktion Soziales
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent
Urs Tanner, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Gökhan Karabas

Vorsitz: Daniel Probst

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

13. sbo, Bericht und Rechnungen 2019/Genehmigung
14. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 14.1. Dringliche Motion Urs Knapp (FDP) betr. Kopf-hoch-Franken Olten/Beantwortung
 - 14.2. Dringliche Motion Luc Nünlist (SP) betr. Öffnung Schützenmatte/Beantwortung
 - 14.3. Postulat Ernst Eggmann (parteilos) betr. Parkplatzbewirtschaftung bei Stadthalle und Eissportanlagen/Beantwortung
 - * 14.4. Überparteiliche Motion betr. Energiestadt Gold bis 2024/Beantwortung
 - * 14.5. Interpellation Fraktion Grüne betr. Plastiksammlung/Beantwortung
 - * 14.6. Interpellation Matthias Borner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Littering-Hauptzonen Olten/Beantwortung
 - * 14.7. Motion Raphael Schär (Fraktion Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Energierichtplan
 - * 14.8. Motion Muriel Jeisy-Strub (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. gleiche Mitgliederzahl parlamentarischer Kommissionen
 - * 14.9. Motion Ursula Rüegg (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Hindernisfreier Zugang zum Friedhof Meisenhard
 - * 14.10. Interpellation Philippe Ruf (SVP) + Urs Knapp (FDP) betr. Finanzierung einer Dreifach-Turnhalle neben der Stadthalle im Kleinholz
 - * 14.11. Interpellation Christian Ginsig (glp) und Raphael Schär (GO) betr. Velounterführung beim Bahnhof Olten
- * aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich begrüsse Euch alle herzlich zu unserem zweiten Abend der Parlamentssitzung vom 27./28. Mai 2020 hier im Konzertsaal in Olten. Unsere Gäste begrüsse ich speziell. Von der sbo ist dies von der Geschäftsleitung Beat Erne. Er ist Vorsitzender und Leiter Marketing und Vertrieb. Dann haben wir noch zwei Verwaltungsräte, Dr. Aristide Roberti, Vizepräsident des Verwaltungsrates, und Dr. Urs Zurfluh. Herzlich willkommen.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Mai 2020

Prot.-Nr. 47

sbo, Bericht und Rechnungen 2019/Genehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen, gestützt auf § 9 Abs. 2 der Statuten sbo, den Geschäftsbericht und die detaillierten Rechnungen der sbo für das Jahr 2019. Die Detailinformationen können der Beilage «Bericht und Rechnung sbo 2019» entnommen werden.

Inhalt

1. Einleitung
2. Erläuterungen zu den Sparten
3. Weitere Kommentare
4. Erfolgsrechnung
5. Bilanz
6. Geldflussrechnung
7. Investitionen in Sachanlagen
8. Kennzahlen
9. Bar- und Sachleistungen zugunsten EGO
10. Revisionsstelle

1. Einleitung

Der Stadtrat freut sich, Ihnen für das Jahr 2019 wiederum einen erfolgreichen Geschäftsabschluss präsentieren zu dürfen.

Traditioneller Cashflow ¹	11.4 Mio. CHF	Vorjahr: 14.3 Mio. CHF
Operativer Cashflow ²	9.4 Mio. CHF	Vorjahr: 5.9 Mio. CHF

¹) Jahresergebnis mit vorgenommenen Abschreibungen sowie gebildeten Rückstellungen

²) Geldfluss aus Geschäftstätigkeit

Zum guten Resultat beigetragen haben:

- Erreichen der Budgetvorgaben
- Einhaltung der Kostenbudgets
- Gute Prognosequalität in der Beschaffung

Kontokorrentverbindlichkeit gegenüber EGO 4.0 Mio. CHF Vorjahr: 5.1 Mio. CHF

Nettoinvestitionen 9.6 Mio. CHF Vorjahr: 6.5 Mio. CHF

Bruttoinvestitionen

10.8 Mio. CHF

Vorjahr: 7.7 Mio. CHF

2019 war das 18. Betriebsjahr der Aare Energie AG (a.en); im zweiten Jahr mit den sbo als Alleineigentümerin und – nebst Dienstleistungsaufträgen für Dritte – ausschliesslich für die sbo tätig. Das gesamte Personal ist bei der a.en angestellt. Im Jahresabschluss 2018 wurde budgetkonform eine a.en-Dividende von 30 % abgegrenzt. Anlässlich der a.en-GV wurde eine Dividende von 30 % beschlossen und im Mai 2019 ausbezahlt. Für den Jahresabschluss 2019 wurde wiederum eine Dividende von 30 % berücksichtigt.

2. Erläuterungen zu den Sparten

Elektrizitätsversorgung

Die abgerechnete Energiedurchleitung (= Gesamter Stromverbrauch aller Kundinnen und Kunden) bewegte sich mit 139.2 Mio. kWh um 0.5 % unter der Vorjahreshöhe.

Der Aufwand für das Netzentgelt schlägt insgesamt leicht tiefer zu Buche: Die Kosten für die Vorliegernetze sowie insbesondere der Netzzuschlag (Bundesabgabe zur Förderung erneuerbarer Energien) fielen auf Vorjahresniveau aus, wogegen die SDL-Abgabe an die Swissgrid leicht abnahm. Eine allfällige Unter- oder Überdeckung aus dem Erlös beim Netzentgelt wird entsprechend den Vorgaben der EICom berücksichtigt und in die Kalkulation der Folgejahre einfließen.

Der Stromverkauf an Endverbraucher nahm um 6.1 Mio. kWh oder 7.1 % zu, wodurch sich auch der Beschaffungsaufwand gegenüber dem Vorjahr – sowohl mengen- als auch wertmässig – erhöhte. Die höheren Marktpreise führten zu höheren Beschaffungskosten. Diese Kosten wurden an die Endverbraucher – sowohl im Markt als auch in der Grundversorgung – weitergegeben.

Die Rücklieferungen aus vornehmlich wärme gesteuerten Anlagen (BHKW) sowie aus Photovoltaikanlagen blieben in etwa auf Vorjahreshöhe. Leicht tiefer fielen die Beschaffungskosten für die Herkunftsnachweise über den ökologischen Mehrwert für die einzelnen Stromprodukte aus. 83 % aller Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch bis 100 MWh erhalten 100 % erneuerbaren Strom geliefert; nämlich den als Default gesetzten StandardStrom oder AareStrom plus. Daneben werden weiterhin GrauStrom und für die Kunden im freien Markt verschiedene MarktStrom-Qualitäten angeboten. Neu erhältlich ist der OltnerSolarstrom, bei welchem sich die Kundinnen und Kunden über ein Beteiligungsmodell direkt «ihre» Panels an einer Photovoltaikanlage (und somit über 20 Jahre eine bestimmte Menge OltnerSolarstrom) sichern können.

Gegenüber dem Vorjahr fiel der Aufwand höher aus. Durch die Zunahme des MarktStrom-Segmentes reduzierte sich jedoch auch die durchschnittlich erzielte Marge.

Gegenüber den Budgetvorgaben wurde einerseits ein höherer Ertrag erwirtschaftet. Andererseits fiel der Aufwand über Budget aus. Zudem waren die ordentlichen Abschreibungen höher.

Erdgas- / Biogas- / Wärmeversorgung

Der Gasverkauf von 598.7 Mio. kWh nahm gegenüber dem Vorjahr um +28.2 Mio. kWh oder +5.0 % zu. Der Zuwachs ist vor allem Mehrverbräuche industrieller Grosskunden und der Wiederverkäuferin Sogas AG zurückzuführen sowie teilweise auch auf eine etwas höhere Anzahl Heizgradtage.

Mussten die Gaspreise per 1. Januar 2019 nochmals leicht erhöht werden, folgen in den weiteren Quartalen Preissenkungen, welche zum Teil 1:1 an die Kundschaft weitergegeben oder zur Erhöhung des Biogasanteils im Standardprodukt verwendet wurden. Auch im 2020

ist mit weiteren Preissenkungen zu rechnen, welche teilweise für die Erhöhung des Biogasanteils genutzt werden.

Da mengenmässig gegenüber dem Vorjahr eine um 7.0 % höhere Energiebeschaffung zu verzeichnen war, fiel der wertmässige Einkauf trotz tieferer Preise der Vorlieferantin und der grösseren Menge zu beschaffender Biogaszertifikate merklich höher aus.

Gegenüber dem Vorjahr

steigerte sich der Aufwand infolge höherem Bezug. Der Ertrag steigerte sich infolge höherem Absatz und weiter optimierter Kapazitätsbewirtschaftung.

Gegenüber den Budgetvorgaben

wurde einerseits ein tieferer Ertrag infolge gesunkener Preise erwirtschaftet. Andererseits fiel der Aufwand infolge tieferer Beschaffungskosten. Nebst den höheren ordentlichen Abschreibungen konnten auch die budgetierten Rückstellungen zugunsten von Marktrisiken sowie für die Sanierung des 5bar Leitungsnetzes gebildet werden

Wasserversorgung

Der Wasserverkauf inkl. Gratisabgabe an die öffentlichen Brunnen fiel um 63'360 m³ oder 2.8 % unter dem Wert des Vorjahres aus. In Olten fielen der Grundverbrauch um 2.0 % sowie der Mehrverbrauch um 6.7 % tiefer aus. In Trimbach wurde über den Grund- bzw. Mehrverbrauch eine insgesamt Absatzverminderung von 1.9 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Bei den übrigen Aussengemeinden war eine Reduktion von 3.7 % des Konsums zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr liegen somit insgesamt tiefere Absatzmengen vor, was auf den weniger warmen Sommer zurückzuführen ist.

Gegenüber dem Vorjahr

präsentiert sich ein tieferer Aufwand und Ertrag.

Gegenüber den Budgetvorgaben

wurde ein höherer Ertrag erzielt. Im Weiteren fiel der Aufwand infolge höheren Dienstleistungskosten für Unterhalt und Verwaltung sowie höheren ordentlichen Abschreibungen höher aus.

Finanzabteilung

Bei der Finanzabteilung fielen die Aufwände über den Budgetvorgaben aus. Die Mehraufwendungen beinhalten höhere Dienstleistungsverrechnungen der a.en für IT-Bereich. Wie in den Vorjahren wurden die Aufwände auf die entsprechenden Geschäftsbereiche umgelegt.

3. Weitere Kommentare

Kontokorrentguthaben gegenüber der Einwohnergemeinde (EGO)

Betrag dieses im Vorjahr 5.1 Mio. CHF, beläuft sich nun die Kontokorrentverbindlichkeit gegenüber der EGO auf 4.0 Mio. CHF. Diese Saldoentwicklung wurde zwischen den sbo und der Finanzverwaltung EGO abgesprochen und beinhaltet die Rückführung von brutto 8.9 Mio. CHF.

Risikomanagement

Die sbo verfügen über ein Risikomanagement, welches die Risiken der Geschäftsbereiche Elektrizität, Erdgas / Biogas / Wärme sowie Wasser periodisch beurteilt. Ausgehend von der jährlich durchgeführten Risikoidentifikation, werden die wesentlichen Risiken auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit und deren Auswirkung bewertet. Mit entsprechenden, vom

Verwaltungsrat der sbo beschlossenen Massnahmen, werden diese Risiken vermieden, vermindert oder abgesichert. Die aktuelle Risikobeurteilung wurde durch den Verwaltungsrat der sbo am 12. Dezember 2019 verabschiedet.

Stille Reserven

Der Ausweis der Netto-Auflösung von stillen Reserven im Anhang bzw. bei den Erläuterungen der Jahresrechnung muss erst aufgeführt werden, wenn dadurch eine Verbesserung des erwirtschafteten Ergebnisses von mehr als 10 % dargestellt wird. Der Stadtrat ist jedoch bereit, den Gesamtbetrag der Auflösung bzw. Bildung im jeweiligen Berichtsjahr sowie deren Netto-Veränderung, segmentneutral zu kommunizieren. Das ausgewiesene Ergebnis wurde durch die Veränderung der stillen Reserven erhöht. Im Berichtsjahr 2019 wurden netto stille Reserven in Höhe von 2.2 Mio. CHF aufgelöst.

Die Auflösung steht vor allem im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Abschreibungssätzen zwischen der finanziellen¹ und der kalkulatorischen² Betrachtungsweise.

1) Bilanz- bzw. buchmässige Abschreibungen, die regelmässig anfallen und unternehmenspolitische Grundsätze im Hinblick auf eine vorsichtige Bewertung berücksichtigen.

2) Betriebsnotwendige Abschreibungen mit einem möglichst objektiven Wertverzehr, die – im Falle der sbo – auf der Nutzungsdauer – im Hinblick auf die betriebliche Kalkulation – basieren.

Überprüfung der stillen Reserven

Der Verwaltungsrat der sbo beauftragte die Geschäftsleitung anfangs des Jahres 2019 eine Vorgehensweise zu erarbeiten um abzuklären, wie hoch die stillen Reserven der sbo sind und, ob und wie diese im Hinblick auf die Transparenz gegenüber der Eigentümerin aufgelöst werden können.

Da die ausgewiesene Jahresrechnung nach OR historische Anlagenwerte beinhaltet, deren Anschaffungswerte nicht mehr vollständig eruierbar sind, ist eine Überprüfung der Sachanlagenwerte vorzunehmen. Damit können möglichst belastbare, nachweisbare und betriebswirtschaftlich aussagekräftige Werte für die künftigen Anforderungen in den Bereichen Energie und Wasser ermittelt werden.

Aufgrund der Rückmeldung der Geschäftsleitung hat sich der Verwaltungsrat im März 2020 für die Überprüfung der Struktur und Vollständigkeit der Anlagen nach Sparten im Zuge des Projektes «Strukturierte Anlagenbuchhaltung», welches bereits im Gange ist, entschlossen. Der Prozess beginnt mit der Ermittlung der Sachanlagenwerte via GIS-Systeme (Netze) und SAP-Buchhaltung. Sobald die ermittelten Werte vorliegen, werden sie durch die Revisionsgesellschaft überprüft und bestätigt. Danach sollte es möglich sein, die Höhe der stillen Reserven zu quantifizieren. Es ist davon auszugehen, dass der ganze Prozess bis im Frühling 2021 abgeschlossen sein sollte.

4. Erfolgsrechnung

[in Tsd. CHF] Details ohne Budget im Finanzbericht; Seite 16	Rechnung 2019	Budget 2019	Rechnung 2018
Betriebsertrag	73'075	73'499	67'657
Betriebsaufwand	-62'538	-63'526	-54'710
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (EBITDA)	10'537	9'973	12'947
Abschreibungen	-4'393	-3'972	-4'251
Betriebsergebnis (EBIT)	6'144	6'001	8'696
Finanzergebnis	836	614	1'376
a.o. Ergebnis	-2'000	-2'000	-5'800
Jahresgewinn vor Verzinsung Dotationskapital	4'980	4'615	4'272
Verzinsung Dotationskapital	-1'480	-980	-980
Jahresgewinn	3'500	3'635	3'292

Der tiefere Betriebsertrag gegenüber dem Budget ergibt sich vor allem aus den tieferen Absätzen bzw. Umsätzen im GB Erdgas/Biogas/Wärme. Der zum Ertrag überproportional gesunkene Betriebsaufwand ist ebenfalls auf den GB Erdgas/Biogas/Wärme zurückzuführen. Die höher ausgefallenen ordentlichen Abschreibungen sind mit höheren Investitionen begründet.

Schlussendlich resultiert ein um 0.1 Mio. CHF höheres Betriebsergebnis gegenüber Budget. Auf Grund der höher als budgetiert angefallenen Dividenden der AVAG fiel das Finanzergebnis über Budget aus. Beim ausserordentlichen Ergebnis konnten Rückstellungen gebildet bzw. und aufgelöst werden. Nach der erhöhten Verzinsung des Dotationskapitals kann ein Jahresgewinn auf Budget und leicht unter dem Gewinn des Vorjahres ausgewiesen werden.

Die Verzinsung des Dotationskapitals weist einen Mehrertrag von 0.5 Mio. Franken auf. Dieser Mehrertrag wurde im Rahmen von Verhandlungen zwischen Verwaltungsrat sbo und Stadtrat festgelegt.

§6 der Statuten der sbo hält Folgendes fest:

§ 6 Verhältnis zur EGO

- 1 Gegenseitige Leistungen werden grundsätzlich in Rechnung gestellt.
- 2 Die sbo bezahlen der EGO für die Benutzung des öffentlichen Grundes eine marktgerechte Konzessionsgebühr.
- 3 Die sbo liefern der EGO jährlich einen Betrag ab, welcher sich insbesondere aus folgenden Posten zusammensetzen kann: - Konzessionsgebühr - **angemessene Verzinsung des Dotationskapitals** - Verwaltungskostenbeitrag - zulässige unentgeltliche Leistungen
- 4 Die Höhe und Zusammensetzung des Ablieferungsbetrages wird jeweils vertraglich festgehalten und ist beschränkt durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der sbo. Die entsprechende Vereinbarung wird jeweils spätestens nach zwei Jahren neu mit dem Stadtrat getroffen.

In der am 5. März 2018 verabschiedeten Eignerstrategie (Punkt 4.1.b) wurde festgelegt, dass die Eigenerin der **sbo** den statutarisch festgelegten, jährlich zu vereinbarenden Betrag, welcher sich insbesondere aus den Posten Konzessionsgebühr, **angemessene Beteiligung an der Rendite des effektiven Eigenkapitals**, Verwaltungskostenbeitrag und zulässige unentgeltliche Leistungen zusammensetzt abgeliefert.

Per Ende 2018 betrug das bilanzierte Eigenkapital der sbo 53.164 Mio. Franken. Das Dotationskapital betrug 14 Mio. Franken. Eine marktübliche Rendite für ähnliche Betriebe wird aktuell zwischen 2% und 5% angenommen. Für das Jahr 2019 wurde eine Ausschüttung von 1.48 Mio. Franken vereinbart, was einer Eigenkapitalrendite von rund 2.8% und einem Zinssatz für das Dotationskapital von 10.571% entspricht.

Weitere Angaben sind im Finanzbericht auch bei den Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung unter den entsprechenden Anmerkungen kommentiert.

5. Bilanz

[in Tsd. CHF] Details ohne Veränderung im Finanzbericht; Seite 17	Rechnung 2019	Veränderung	Rechnung 2018
Umlaufvermögen	36'089	-781	36'870
Anlagevermögen	64'750	4'369	60'381
Total Aktiven	100'839	3'588	97'251
Fremdkapital kurzfristig	12'307	-1'840	14'147
Fremdkapital langfristig	31'867	1'927	29'940
Eigenkapital	56'665	3'501	53'164
Total Passiven	100'839	3'588	97'251

Die Eigenkapitalquote erhöht sich von 54.7 % im Vorjahr auf 56.2 % im laufenden Jahr bei einer höheren Bilanzsumme. Die hauptsächlichen Veränderungen ergeben sich wie folgt: Beim Umlaufvermögen einerseits mit der Zunahme der übrigen Forderungen und andererseits mit der Abnahme an Flüssigen Mitteln und Aktiven Rechnungsabgrenzungen. Beim Anlagevermögen aus der Netto-Zunahme der Sachanlagen und Abnahme der Finanzanlagen.

Das kurzfristige Fremdkapital nahm infolge der gesunkenen Kontokorrent Verbindlichkeit gegenüber der EGO ab und das langfristige Fremdkapital erhöhte sich um die Netto-Zunahme der Rückstellungen. Schliesslich wird das Eigenkapital mit der statutarischen Reservezuweisung des Vorjahrgewinn ausgewiesen.

Weitere Angaben sind im Finanzbericht auch bei den Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung unter den entsprechenden Anmerkungen kommentiert.

6. Geldflussrechnung

[in Tsd. CHF] Details ohne Veränderung im Finanzbericht; Seite 18	Rechnung 2019	Veränderung	Rechnung 2018
Geldfluss aus Geschäftstätigkeit	9'364	3'482	5'882
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-9'576	-4'225	-5'351
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-740	420	-1'160
Veränderung des Fonds Flüssige Mittel	-952	-323	-629
Bestand Flüssige Mittel zu Beginn Berichtsjahres	15'561	-629	16'190
Bestand Flüssige Mittel am Ende	14'609	-952	15'561

Berichtsjahres

Veränderung Flüssige Mittel -952 -323 -629

Der Fonds Flüssige Mittel ist gegenüber dem Vorjahr tiefer. Die hauptsächlichen Veränderungen ergeben sich wie folgt:

Beim Geldfluss aus Geschäftstätigkeit haben die tieferen Rückstellungen und die Zunahme der übrigen Forderungen eine belastende Auswirkung von total 5.2 Mio. CHF zur Folge. Auf der anderen Seite begünstigen mit total 8.7 Mio. CHF die übrigen Positionen, höhere Abschreibungen, tiefere Zunahme von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Abnahme der aktiven Rechnungsabgrenzungen und die Zunahme der passiven Rechnungsabgrenzungen die Veränderung.

Beim Geldfluss aus Investitionstätigkeit ist der negative Beitrag auf das höhere Investitionsvolumen in die Sachanlagen zurückzuführen.

Beim Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit ergibt sich trotz höherer Verzinsung des Dotationskapitals infolge der Rückzahlung des Darlehens von der a.en ein positives Veränderung.

Weitere Angaben sind im Finanzbericht auch bei den Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung unter den entsprechenden Anmerkungen kommentiert.

7. Veränderung Sachanlagen

[in Tsd. CHF] Details ohne Budget siehe Finanzbericht; Seite 23	Rechnung 2019	Rechnung 2018
Elektrizitätsversorgung (Energie / Netz / Dienstleistung)		
Bruttoinvestitionen Elektrizität Netz	3'203	2'296
Bruttoinvestitionen öffentliche Beleuchtung (öB)	732	897
Bruttoinvestitionen in Photovoltaik	160	0
Bruttoinvestitionen übrige Dienstleistungen	162	0
Bruttoinvestitionen	4'258	3'193
abzüglich Beiträge / Erlöse Allgemein	-332	-430
abzüglich Beiträge / Erlöse von EGO für öB	-28	-14
abzüglich Devestition (Verschrottung)	-10	0
Nettoinvestitionen	3'888	2'749
Erdgas- / Biogas- / Wärmeversorgung		
Bruttoinvestitionen in Betriebsanlagen	2'821	2'002
abzüglich Beiträge / Erlöse	-99	-126
Nettoinvestitionen	2'725	1'876
Wasserversorgung		
Bruttoinvestitionen in Betriebsanlagen/Grundstücke	3'739	2'342
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	0	128
Bruttoinvestitionen	3'739	2'470
abzüglich Beiträge / Erlöse	-773	-583
Nettoinvestitionen	1'887	1'887
Total Bruttoinvestitionen	10'818	7'665

Total Nettoinvestitionen

9'576

6'512

Die Nettoinvestitionen betragen 9.6 Mio. CHF. Bei der Elektrizität wurde nebst dem Ausbau der öffentlichen Beleuchtungen vor allem in Mittelspannungsleitungen sowie Niederspannungsleitungen investiert. Bei der Erdgas-/Biogas-/Wärmeversorgung erfolgten Investitionen vor allem ins 5 bar Netz. Dort müssen die 70er-Jahre-Leitungen saniert werden, da diese eine vorzeitige Alterung aufweisen. Beim Wärmeverbund Bornfeld wurden im Gebiet Chlyholz weitere Liegenschaften angeschlossen. Durch den Bau der Übergabestation in der Stadthalle wurde die Versorgungssicherheit erhöht. Bei der Wasserversorgung standen vor allem die Leitungssanierungen von Olten und von Trimbach im Vordergrund. Um die Trinkwasserversorgungssicherheit zu erhöhen, wurde im Pumpwerk Dellen ein Not-Grundwasserpumpwerk errichtet. In den Pumpwerken Gheid 2 und 3 aus dem Jahre 1945 wurde die Totalsanierung gestartet.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 118.5 % bzw. 97.9 % und die Schuldenabnahme 1.8 Mio. CHF bzw. Schuldenzunahme 0.2 Mio. CHF je nach Cashflow-Betrachtung.

8. Kennzahlen

[in Tsd. CHF]	2019	2018	2017	2016	2015
Geldfluss Geschäftstätigkeit	9'364	5'882	18'179	24'394	10'239
Nettoinvestitionen	9'576	6'512	6'865	7'699	8'954
Schuldenabnahme	-212	-630	11'314	16'695	1'285
Selbstfinanzierungsgrad	98 %	90 %	265 %	317 %	114 %
Eigenkapitalquote	56 %	55 %	52 %	57 %	61 %
Kontokorrent Guthaben bei EGO	-	-	-	-	2'573
Kontokorrent Schuld bei EGO	4'034	5'061	9'090	3'568	-

9. Bar- und Sachleistungen zugunsten EGO

[in Tsd. CHF]	2019	2018	2017	2016
Verwaltungskostenbeitrag	360	360	360	360
Verzinsung Dotationskapital	1'480	980	980	980
Konzessionsgebühren Strom/Gas/Wasser	1'600	1'601	1'569	1'580
Investitionen öffentliche Brunnen	0	0	0	0
Unterhalt öffentliche Brunnen, Hydranten	167	167	202	154
Wasser öffentliche Brunnen	156	133	140	140
Montage / Demontage Weihnachtsbeleuchtung		92	112	109
Stühle Stadt Olten	12	0	0	0
Total	3'883	3'333	3'363	3'323

Im 2019 bezahlte die a.en 130 Tsd. CHF an Gemeindesteuern zuhanden der Einwohnergemeinde Olten.

10. Revisionsstelle

Das Gemeindeparlament wählte für das Geschäftsjahr 2019 wiederum die Ernst & Young AG (EY), welche als Revisionsstelle über ausgeprägte und breit abgestützte Energiekompetenz verfügt.

Beschlussesantrag:

1. Es wird folgender Rechnungsabschluss 2019 der sbo zur Kenntnis genommen:

a)	Jahresgewinn 2019	vor Verzinsung	CHF	4'980'246.79
b)	Verzinsung Dotationskapital		CHF	-1'480'000.00
c)	Jahresgewinn 2019	nach Verzinsung	CHF	3'500'246.79
	bestehend aus:			
	-Elektrizitätsversorgung Energie/Netz	Überschuss	CHF	145'483.51
	-Erdgas-/Biogas-/Wärmeversorgung	Überschuss	CHF	3'339'826.79
	-Wasserversorgung	Überschuss	CHF	14'936.49
	-Finanzabteilung	verteilt auf die Geschäftsbereiche		

mit Zuweisung dieser Beträge an statutarische Gewinnreserven

d)	Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	9'586'129.96
e)	Bilanz	Bilanzsumme	CHF	100'838'791.10

2. Der Bericht der Revisionsstelle sbo vom 31.03.2020 wird zur Kenntnis genommen.
3. Der sbo-Geschäftsbericht 2019 bestehend aus Vorwort, Lagebericht, Tätigkeitsbericht, Corporate Governance und Finanzbericht wird genehmigt.
4. Dem Verwaltungsrat der sbo wird die Entlastung erteilt.
5. Als Revisionsstelle der sbo wird für das Jahr 2020 die Ernst & Young AG, Basel gewählt.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Finanzkommission zugestellt.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Wie Ihr wisst, bin ich auch Verwaltungsrat der sbo. Ich habe die Ausstandspflicht abgeklärt. Gemäss § 117 Absatz 3 Gemeindegesetz besteht bei Geschäften, die öffentlich-rechtliche Organisationen betreffen, keine Abtretungspflicht. Ich werde es aber gleich halten, wie ich es letztes Mal beim Vorstoss von Christoph Fink gemacht habe und zwar werde ich das Geschäft meinem Vizepräsidenten zur Behandlung übertragen. Er wird dies nachher machen. Ich werde im Saal bleiben, ich werde abstimmen, ausser natürlich, wenn es um die Entlastung des Verwaltungsrates geht. Ich werde mich auch nicht an der Debatte beteiligen. So machen wir dies, und ich übergebe somit Philippe Ruf das Wort.

Philippe Ruf: Auch von mir guten Abend, geschätzte Damen und Herren. Ich begrüsse auch ganz herzlich die Gäste der sbo, Geschäftsleitung und Verwaltungsrat und der a.en. Danke vielmals, dass Ihr heute Abend hier seid. Wichtig ist für mich aber auch darauf zu verweisen, dass die Ansprechpersonen für dieses Geschäft der Stadtrat ist und man sich auch entsprechend an ihn wendet. Ich denke, Ihr habt für dieses Geschäft den Bericht und Antrag mit Beilage der Jahresrechnung der sbo von 2019 erhalten, und wir können darüber abstimmen, ob jemand das Wort dazu ergreifen möchte, ob wir darauf eintreten wollen.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Laura Schöni: Die Finanzkommission hat sich am 4. Mai mit der Rechnung der sbo befasst. Wir hatten zwei dieser drei anwesenden Herren zu Besuch plus noch weitere Vertreter aus dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung. Der Revisor war aufgrund der Massnahmen, die sein Arbeitgeber getroffen hatte, physisch nicht anwesend. Er war aber jederzeit telefonisch erreichbar. Ganz am Anfang hat uns Ernst Zingg mit Informationen aus dem Betrieb versorgt. Einerseits hat er uns erzählt, dass die Entflechtung der a.en und der AVAG stattgefunden hat und erfolgreich abgeschlossen wurde. Er berichtet, dass es eine gute Zusammenarbeit zwischen der sbo und AVAG gibt. Weiter wurde der Bau der Betriebszentrale gestartet, und man kann das Bauareal, vis-à-vis des Dünnerufers hat es einen guten Platz, gut beobachten, wenn es interessiert. Aufgrund der Corona-Krise konnte bis jetzt noch kein Spatenstich stattfinden. Er wird aber nachgeholt. Weiter haben wir erfahren, dass die operative Führung sehr gut funktioniert. Viele Stellen konnten intern besetzt werden, und die Investitionen, die man in das Humankapital wie in Ausbildungen, Weiterbildungen getätigt hat, haben sich gelohnt und können im eigenen Unternehmen eingesetzt werden. Auf Nachfrage gab es noch Informationen zu den personellen Veränderungen im Verwaltungsrat auf das Jahr 2021 gegeben. Im nächsten Jahr stehen im Verwaltungsrat Neuwahlen an. Der Verwaltungsratspräsident, Ernst Zingg, wird sich nicht mehr für den Verwaltungsrat zur Verfügung stellen, und wie wir wissen, wird der Stadtrat neu nur noch mit einer Person im VR vertreten sein. Nach Auskunft von Stadtrat Benvenuto Savoldelli ist noch nicht klar, welcher Stadtrat den Sitz räumen wird. Wahlbehörde für beide freiwerdende Sitze ist aber der Stadtrat, und Benvenuto Savoldelli hat zu Protokoll gegeben, dass diese Sitze beide öffentlich ausgeschrieben werden. Dann sind Fragen zum Risikomanagement der sbo gestellt worden. Diese Risiken werden jährlich überprüft, und im Moment stehen Risiken wie zum Beispiel die Marköffnung des Gasmarktes und damit verbundene Risiken wie zum Beispiel Kundenverluste oder tiefere Margen im Zentrum. Dann beschäftigt sich die Geschäftsleitung mit Themen wie IT-Risiken, Cyber-Security. Personelle Risiken fliessen auch in dieses Management hinein. Dann wurde die Frage gestellt, ob sie auch mit politischen und Reputationsrisiken rechnen. Das ist nicht der Fall. Uns ist gesagt worden, dass ihr Geschäft vielmehr von der eidgenössischen Gesetzgebung abhängig ist und deshalb als grösseres Risiko betrachtet wird. Wie Ihr der Rechnung oder dem Bericht und Antrag des Stadtrates entnehmen könnt, sind im Berichtsjahr 2019 2 Millionen Rückstellungen getätigt worden. Noch im Vergleich zum Jahr 2018: Dort waren es 5,8 Millionen. Einmal mehr waren die stillen Reserven in der FIKO Thema. Im Jahr 2019 sind Netto 2,2 Millionen Franken stille Reserven aufgelöst worden. Dieser Betrag ist etwa im gleichen Rahmen wie im Jahr zuvor. Die Auflösung steht auch in diesem Jahr vor allem im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Abschreibungssätzen zwischen der finanziellen und kalkulatorischen Betrachtungsweise. Wem diese Wörter jetzt einmal mehr, alle Jahre wieder, wieder spanisch vorkommen, den bitte ich doch darum, das Protokoll des letzten Jahres dieser Sitzung hervor zu nehmen. Reto Grolimund hat damals in seinem FIKO-Votum für die sbo-Rechnung einfach und verständlich erklärt, was es mit den beiden Betrachtungsweisen auf sich hat. Weiter wurde besprochen, dass der Verwaltungsrat der sbo beauftragt hat, dass die Geschäftsleitung Abklärungen trifft und zwar zu einer Vorgehensweise, wie hoch die stillen Reserven effektiv sind und wie sie aufgelöst werden könnten. Dem Bericht und Antrag ist zu entnehmen, dass die Jahresrechnung nach OR historische Anlagenwerte enthält und deren Anschaffungswert ist nicht mehr vollständig eruierbar. Deshalb muss zuerst die Überprüfung dieser Sachanlagenwerte vorgenommen werden. Das wird auch gemacht, nämlich im Rahmen des Projekts. Mit dem Namen strukturierte Anlagenbuchhaltung wird dieser Überprüfungsprozess gestartet, und die Ermittlung dieser Sachanlagenwerte wird via GIS-System für die Netze und SAP gemacht. Als Beispiel für stille Reserven sind uns zum Beispiel verlegte Rohre genannt worden. Je nach Rechnungslegung werden sie über verschiedene Dauer abgeschrieben. Daraus ergibt sich ein unterschiedlicher Betrag bei den stillen Reserven. Wenn die ermittelten Werte der Überprüfungsaktion vorliegen werden und die Aktion abgeschlossen sein wird, werden die Werte durch die Revisionsgesellschaft überprüft und bestätigt. Am Schluss sollte es dann finalement möglich sein, die Höhe dieser stillen Reserven quantifizieren zu können. Der ganze Prozess sollte im Frühling 2021 abgeschlossen sein. Noch ein paar kurze Worte zur Erfolgsrechnung: Der Jahresgewinn nach Verzinsung des Dotationskapitals beträgt in diesem Jahr 3,5 Millionen. Das ist wirklich leicht unter dem Vorjahresgewinn und ist mit

0,1 Millionen Franken über dem Budget. Der Unterschied, weshalb man ein wenig plus gemacht hat, seien die Dividenden der AVAG, die höher als budgetiert ausgefallen sind. Die Rechnung der sbo des Jahres 2019 hat in der FIKO wenig Anlass zur Diskussion gegeben. Im Beschlussesantrag werden Ziffer 1 und 2 nur zur Kenntnis genommen. Wir haben noch besprochen, dass die beiden Punkte, die in erster Linie einfach eine erneute Zusammenfassung der Zahlen sind, zukünftig weggelassen werden können. Über die Ziffern 3 bis 5 haben wir dann in globo abgestimmt, und die Beschlussesanträge sind einstimmig angenommen worden. Die FIKO empfiehlt Euch, die Beschlussesanträge 3, 4 und 5 des Stadtrates zur Annahme. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Auch von meiner Seite guten Abend miteinander. Ich begrüsse ebenfalls die drei Herren der sbo, die anwesend sind. Laura hat viel vorweggenommen, was ich eigentlich auch sagen wollte. Aber jetzt halt. Den Bericht und Antrag habt Ihr erhalten. Er ist ja ziemlich ausführlich. Ich glaube, dazu muss man keine Ausführungen machen. Laura hat es angetönt. Im letzten Jahr ist die Entflechtung AVAG/Primeo/a.en/sbo fertiggestellt worden. Wie Ihr wisst, ist ja die AVAG von der Alpiq verkauft worden, und die neue Eigentümerschaft ist Primeo Münchenstein, ehemals EBM. Die UBS Zeiss ist ein Investor und die sbo. Dazu noch die AVAG-Gemeinde im Niederamt mit einem kleinen Anteil. Die ganze Entflechtung war sehr kompliziert und umfangreich. Da musste man Verträge auflösen, Vertragsbereinigungen vornehmen, den IT-Bereich entflechten, Material aufteilen. Da haben sich auch viele Entschädigungsfragen gestellt, und diese konnten im letzten Jahr definitiv abgeschlossen werden. Die Geschäftsleitung hat einen grossen Einsatz gezeigt. Neben dem Alltagsgeschäft mussten sie noch die komplizierte Entflechtung mit der AVAG sicherstellen. Zwei Verwaltungsräte haben massgeblich mitgearbeitet. Das ist einerseits der Verwaltungsratspräsident, Ernst Zingg. Wir können froh sein, dass er pensioniert ist. Er hatte relativ viel Zeit dafür und konnte sie auch brauchen. Andererseits Aristide Roberti als Vizepräsident. Sie waren bei den komplizierten Verhandlungen immer dabei. Man hat die Mitarbeiter, zwischen a.en und AVAG aufgeteilt, diejenigen, die weggingen und versucht, in beiden Unternehmen neue Strukturen zu schaffen. Die sbo und a.en arbeiten im Moment mit der AVAG sehr gut zusammen. Die AVAG ist eine Vor der sbo und auch eine bedeutende Kundin der AVAG. Die sbo ist mit 4,75 % am Aktienkapital der AVAG beteiligt und hat auch einen Sitz im Verwaltungsrat. Diesen nimmt im Moment auch Ernst Zingg ein. Auf Basis der Eignerstrategie hat ja der Verwaltungsrat in intensiver Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung im letzten Jahr die Unternehmensstrategie erarbeitet. Wiederum auf dieser Strategie aufbauend, hat die Geschäftsleitung im Sinne einer operativen Planung die sogenannte Spartenplanung erstellt. Laura hat es gesagt. Die Arbeiten am Betriebsgebäude haben gestartet. Der Bau hat vor ca. einem Monat mit dem Aushub gestartet. Da kann man schauen, wie es vorwärts geht. Man muss auch sagen, dass die Bauherrschaft nicht die sbo, sondern die a.en ist. Im letzten Jahr konnte die neue Geschäftsleitung schrittweise die operative Führung des Unternehmens sbo und a.en übernehmen. Wir haben uns lange gefragt, ob wir die Stellen intern besetzen sollen oder ob man sie öffentlich ausschreiben soll, und wir sind aufgrund der Leute, die wir im Unternehmen hatten, zum Schluss gekommen, dass wir sie intern besetzen, weil diese Leute bestens qualifiziert waren. Der Finanzchef, Rolf Hess, im Jahr 2019. Ab dem 1. Januar 2020 führt Beat Erne als CEO. Die Geschäftsleitung wird durch die beiden Technikverantwortlichen, Roland Bolliger und Silvio Bont ergänzt. Wie ich bereits gesagt habe, konnte die neue Geschäftsleitung mit langjährigen, erfahrenen und sehr kompetenten eigenen Kaderleuten gebildet werden und hat sich sehr gut etabliert. Die Leute, die aufgestockt wurden, konnten auch gut ersetzt werden, wieder mit eigenen Leuten. Das zeigt auch, dass die Karriereplanung im Unternehmen sehr gut funktioniert. Laura hat es auch gesagt. Im Verwaltungsrat wird es Änderungen geben. Ernst Zingg hat gesagt, dass er im nächsten Jahr sicher aufhören wird. Vom Stadtrat wird nur noch eine Person Einsitz nehmen können. Wir haben im Stadtrat den Entscheid getroffen, dass dies der zukünftige Finanzdirektor sein wird, wer dies auch immer sein wird. Wir werden die Stellen, die frei werden, öffentlich ausschreiben. Da kann sich jedermann melden, wenn er möchte. Ob wir die zwei, die sicher neu zu besetzen sind, auch besetzen werden, wird man dann im Stadtrat entscheiden müssen. Man hat im Verwaltungsrat auch für verschiedene Themen spezielle Ausschüsse gebildet, einen Ausschuss Finanzen, einen Ausschuss Strategie und einen

Ausschuss Technik, die dann vertieft Themen anschauen und sie dann in den Gesamtverwaltungsrat einbringen. Ihr konntet im Bericht auch lesen, dass der Biogasanteil von 5 % auf 25 % erhöht werden konnte. Man hat die ganzen Senkungen, die man hätte machen können, nicht zu 100 % umgeben, sondern man hat bewusst den Biogasanteil erhöht, damit man dort etwas ökologischer ist. Laura hat es auch gesagt. Die stillen Reserven. Da möchten wir mehr Transparenz schaffen, und wir sind am Abklären, wie hoch sie effektiv sind. Man muss die Sachanlagenwerte einzeln überprüfen, und das braucht doch relativ lange. Man ermittelt die Sachanlagenwerte via GIS-System, Netz und SAP, das ist ein Buchhaltungsprogramm. Wenn man sie dann ermittelt haben wird, wird die Revision sie anschauen, ob sie entsprechend so übernommen werden können. Wir rechnen damit, dass der ganze Prozess bis Frühling 2021 abgeschlossen sein soll. Ihr werdet in Sachen stille Reserven, davon gehe ich aus, volle Transparenz erhalten, was Ihr eigentlich immer wolltet. Ihr habt gesehen, die Verzinsung des Donationskapitals hat einen Mehrertrag von einer halben Million ergeben. Wir führen jetzt regelmässig Verhandlungen zwischen Stadtrat und Verwaltungsrat über die Höhe dieser Entgeltung. Das wird in Zukunft immer so sein. Selbstverständlich ist die Höhe der Entgeltung auch durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Städtischen Betriebe Olten beschränkt. Es geht ja nicht darum, dass man sie quasi aussagt, sondern sie müssen ja weiter wirtschaftlich sein können. Besten Dank.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Es soll nicht noch einmal das Gleiche gesagt werden. Deshalb sage ich jetzt ein paar andere Sachen. Es hat ja im Geschäftsjahr 2019 der sbo eigentlich zwei Höhepunkte gegeben. Der erste Höhepunkt war ein klares Commitment, eine klare Verpflichtung auf Ziele der nachhaltigen Entwicklung, gemäss dem Pariser Abkommen, auch gemäss der bundesrätlichen Strategie, die man gesamtschweizerisch verfolgen soll. Ein zweiter Höhepunkt des Geschäftsjahres war ganz sicher, dass wir im Bereich der Governance einen entscheidenden Schritt mindestens in Aussicht hat, nämlich die Behebung dieser unseligen Doppelhüte. Einige werden jetzt denken, dieser Schritt ist nur «halbbatzig». Er war vielleicht nicht so entscheidend, aber immerhin. In Zukunft, das ist jetzt vorhin mündlich angesprochen worden, wird es nur noch maximal eine Person geben, die gleichzeitig Verwaltungsrat und Stadtexekutivmitglied sein kann. Einige werden vielleicht denken, es hat noch einen dritten Höhepunkt gegeben, nämlich ein erfolgreiches Abwehren feindlicher Angriffe auf dieses Unternehmen, das verlangt hätte, dass es sich auch anfangen müsse, sich in der Stadt um Glasfasernetze zu kümmern, oder das verlangt hätte, dass es selber das Personal zu sich nehmen solle, welches es wirklich braucht. Das hat man erfolgreich abgewehrt. Von all diesen drei Höhepunkten steht im Jahresbericht kein Wort. Das ist Euch vielleicht auch aufgefallen. Es steht wenigstens indirekt etwas über diesen namhaften Schritt zum Thema nachhaltige Entwicklung. Wie übrigens schon im letzten Jahr, als die Collectors vorne abgebildet waren, sie wurden dort auch gesponsert, haben wir auch diesmal wieder ein Titelblatt, das verheissungsvoll ist. Es ist ein Bild der Fotovoltaikanlage auf dem Sälschulhaus, und im Text auf Seite 4 haben wir dann auch die Beschreibung dieses sehr erfolgreichen Projekts, dass es jetzt Oltner Solarstrom gibt. Soweit, so gut. Zum Thema könnte auch passen, wenn man die Mitteldoppelseite aufschlägt, Kompass 2050, aha, dann aber Graustrom als Teil des Kompasses 2050, Erdgas als Teil des Kompasses 2050. Uns kommt es ein wenig so vor, als ob die Nadel dieses Kompasses in diesem Jahr irgendwo stecken geblieben wäre. Was ich im Bericht der Organisation selber vermisst habe, da habe ich gedacht, das steht dann sicher im stadträtlichen Bericht und Antrag. Auch dort Fehlanzeige. Es steht nicht über das, wo sich das Parlament im letzten Jahr mit dem Thema beschäftigt hat. Es steht nichts, was man dank des parlamentarischen Wirkens vorangebracht hat. Das ist insgesamt doch einigermassen enttäuschend. Es steht natürlich, wie jedes Jahr, dass die Stadt von der sbo profitiert, dass die sbo Gewinn macht und dass aus diesem Gewinn auch ein Steuerertrag auf die Stadt abgeworfen wird. Sicher soweit, so gut. Bloss darf man zwischendurch auch wieder einmal fragen, wie dieser Gewinn eigentlich zustande kommt. Im Bereich der verkauften Energie ist der wesentliche Brocken derjenige beim Gas. Die Leute, die Gas beziehen, sind diejenigen, die mit ihren Gebühren möglich machen, dass dieser Gewinn zustande kommt. Gerade im Bereich Gas sind wir der Meinung, dass es längstens an der Zeit wäre, dass man nicht nur den Anteil Biogas erhöht, das ist ja erfreulich, sondern dass man den Preis für das Biogas, der immer noch weit, weit

über dem Erdgas ist, herunterbringt und gleichzeitig noch viel entschlossener als bis jetzt zu Gunsten des Biogases wirbt. Das waren ein paar Aspekte. Die Quintessenz oder der Haupteindruck habt Ihr gehört. Dass das Parlament in einem solchen Jahresrückblick gar nirgend vorkommt, ist für mich persönlich schon ein wenig enttäuschend.

Reto Grolimund, FdP-Fraktion: Die Städtischen Betriebe hatten 2019 bei einem Ertragszuwachs von ca. 9% eine EBIT-Einbusse von rund 30 %. Das entsprach aber dem Budget. Der höhere Ertrag ist je zur Hälfte auf Elektrizität sowie den Gas- und Wärmeverkauf zurückzuführen. Der deutlich höhere Aufwand auf der anderen Seite, der ja den EBIT senkte, resultiert zur Hälfte aus den höheren Anschaffungskosten für Energie, sowie - man beachte - aus der höheren Vergütung für Dienstleistungen der a.en. Eine Erhöhung von 3,3 Millionen Franken (Ihr findet dies auf Seite 21 des Jahresberichtes unter 2.). Man hat der a.en 3,3 Millionen Franken mehr für Dienstleistungen bezahlt. Die Begründung dafür ist, dass man einen Synergieverlust hat, nach der Entflechtung von der AVAG. Hier möchte die FdP einfach kurz einhaken. Wir würden dem VR der sbo nahelegen, dass geprüft wird, ob diese Mehrkosten von 3,3 Millionen marktgerecht sind. Falls nicht, muss der Dienstleister - die a.en - bezüglich entweder ihres Angebots oder aber ihrer Marktstellung hinter die Bücher geschickt werden. Vielleicht muss die a.en mit gewissen Partnern zusammenarbeiten, damit sich wieder Synergien ergeben. Nichtsdestotrotz: Dadurch, dass die Verzinsung des Dotationskapitals in diesem Jahr am Eigenkapital orientiert wurde, resultieren fast 4 Millionen Franken Bar- und Sachleistungen der sbo an die Einwohnergemeinde. Das ist ein stattlicher Betrag. Aber auch hier möchte die FdP einen mahnenden Finger heben: Weil die Gas- und Strommarktliberalisierung für Private vor der Tür steht, sind auch Margeneinbussen zu erwarten. Das wird die Erträge aus der sbo höchstwahrscheinlich schmälern. Wir sollten vielleicht nicht fix auf die 4 Millionen bauen. Der hier vorliegende Bericht und Antrag gab bei der FdP wenig zu diskutieren, was sicher auch mit dem erneut hervorragenden Ergebnis zu tun hat. Das hat aber auch damit zu tun, dass der VR der sbo die Bewertung der Sachanlagenwerte angeht. Wie schon erwähnt, ist das die Voraussetzung für eine Quantifizierung der stillen Reserven und damit ein Schritt in Richtung Transparenz, der schon lange gefordert ist. Zu reden gaben bei den Freisinnigen zwei Punkte. Erstens haben wir vermisst, dass die Geschäftsleitungsstelle der a.en nicht öffentlich ausgeschrieben wurde. Dies soll in keinsten Art und Weise heissen, dass wir mit der aktuellen Besetzung nicht zufrieden wären. Es wäre aus unserer Sicht einfach sinnvoller gewesen, wenn man diesen transparenten Weg gegangen wäre. Zweitens gab der nicht vorhandene Frauenanteil in Geschäftsleitung und Verwaltungsrat zu reden. Diesbezüglich würden wir uns darum freuen, wenn im Zuge der nächsten Verwaltungsratswahlen eine valable Kandidatin gefunden werden könnte. Bei allen Diskussionen haben Bericht und Antrag eigentlich wenig zu reden gegeben, und die FdP hat den gestellten Anträgen zugestimmt.

Dieter Ulrich: In der Fraktion SP/Junge SP hat dieses Geschäft diesmal, zumindest im Vergleich mit den Vorjahren relativ wenig zu diskutieren gegeben. Wir haben dieses erfreuliche Resultat insgesamt erfreut zur Kenntnis genommen, haben uns aber, so, wie es Felix auch schon angetönt hat, über gewisse Punkte kritisch geäußert, unter anderem auch der schon angesprochene Kompass, der bis 2050 immer noch Graustrom und Erdgas vorsieht. Das ist auf jeden Fall negativ vermerkt worden und ist auch mit ein Grund, weshalb ein Teil der Fraktion den Beschlussesanträgen nicht zustimmen wird. Die Mehrheit der Fraktion wird aber den Anträgen des Stadtrates folgen, und ich möchte an dieser Stelle auch dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der sbo, aber auch allen Angestellten, für das gute Ergebnis danken. Ich denke, bei all diesen Diskussionen politischer, ökologischer und nachhaltiger Art, die wir hier auch immer wieder führen, die sehr berechtigt sind, auch aus meiner Sicht, darf man nicht vergessen, dass wir es mit einem Wirtschaftsunternehmen zu tun haben, wo wir aus meiner Sicht auch sehr froh sein, dass es auf betriebswirtschaftlicher Ebene so gut läuft, dass auch dieser Führungswechsel, wie ich denke, relativ geräuschlos von Statten gegangen ist. Wenn ich dies als ehemaliges GPK- und jetziges FIKO-Mitglied sagen darf, habe ich das Gefühl, dass man auch merkt, dass sich die Zusammenarbeit mit den politischen Gremien doch verbessert hat, auch im Zuge der ganzen Wechsel. Wir haben aber neben der Kritik auch erfreut zur Kenntnis genommen, dass in ökologischer und betriebswirtschaftlicher Hinsicht weitere Fortschritte gemacht wurden. Wir haben auch erfreut

zur Kenntnis genommen, dass die Stadt finanzieller Art noch profitiert als früher. Wir sehen natürlich auch das Risiko, dass es vielleicht nicht auf Dauer anhalten wird. Aber wir denken doch, in der jetzigen Situation ist es gut, dass der Stadtrat auch entsprechend verhandeln und einen finanziellen Mehrwert herausholen konnte. Wie schon angetönt, wird ein Teil der Fraktion, eine Minderheit der Genehmigung des Geschäftsberichts nicht zustimmen, der Rest wird dem, wie beantragt, zustimmen.

Thomas Kellerhals: Im Namen der CVP/EVP/GLP-Fraktion möchte ich dem Stadtrat und Verwaltungsrat für den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung danken. Auf uns wirken diese Informationen transparent, recht übersichtlich und nachvollziehbar. Wir sind uns zudem im Klaren, dass ein Rechnungsabschluss nicht immer eine exakte Wissenschaft darstellt, können doch mit der Bildung oder Auflösung stiller Reserven und Spezialeffekten betriebswirtschaftliche Realitäten auf ganz verschiedene Arten dargestellt werden. Wir haben aber das Gefühl, dass die Rechnung allgemein einen guten Überblick über die geschäftliche Lage ergibt. Das positive Geschäftsergebnis nehmen wir natürlich auch positiv zur Kenntnis. Wir anerkennen, dass man sich bereits heute Gedanken über die Zukunft macht, bis 2050. Aber wie auch einige Vorredner bereits angesprochen haben, vermissen wir im Bericht auch eine tiefergehende Analyse, vor allem im Bereich der Corporate Social Responsibility, also der sozialen Verantwortung zur Gesellschaft und Umwelt, vor allem im Bereich der Ökologie. Wir hoffen, dass solche Aspekte in Zukunft noch stärker in den Fokus genommen werden können, erwarten wir doch in der Zukunft, was den Energiebereich anbelangt, massive Veränderungen, auf die man sich gut vorbereiten muss. Abschliessend werden wir aber den Beschlussesantrag des Stadtrates einstimmig annehmen.

Laura Schöni, Olten jetzt!: Auch wir bedanken uns beim Stadtrat für den Bericht und Antrag, aber vor allem bei der sbo für die Rechnung ganz herzlich. Wir haben uns gefreut, dass es in Sachen Transparenz endlich einen Schritt in die richtige Richtung geht. Wir begrüßen das Vorgehen des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung, was die Offenlegung der stillen Reserven angeht, und wir sind gespannt, welche Form und welche Höhe am Schluss herauskommen. Auch wir haben uns gefragt, weshalb unsere sbo eigentlich nicht auch Dienstleister von Glasfaser sein kann, gleich, wie es Felix getan hat. Wir freuen uns, dass wir jetzt wieder einmal mehr etwas im Parlament einbringen konnten, nämlich mit dem Postulat, das gestern zum Submissionsverfahren eingereicht wurde, und wir hoffen, dass wir jetzt endlich den letzten Kick geben konnten, damit dort etwas geschieht. Für uns soll die sbo auch ein Dienstleister für Glasfaser sein. Vielleicht noch etwas, das schon gesagt wurde, zum Kompass 2050. Das entspricht eigentlich nicht gerade dem, was wir mit unserem Klimanotstand beschlossen haben. Erstens dies und zweitens haben wir kurz danach noch eine weitere Motion eingereicht. Was drin steht, ist bis jetzt noch nicht umgesetzt und hat laut diesem Kompass anscheinend auch noch gar nicht Einfluss in die Planung gefunden. Wir hoffen sehr, dass dies im nächsten Jahr anders aussehen wird. Falls nicht, werden wir halt unseren Finger wieder darauf halten müssen. Wir nehmen die Rechnung natürlich an und folgen dem Stadtrat.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Bei uns hat die sbo-Rechnung in diesem Jahr im Vergleich zu vergangenen Jahren für wenige Diskussionen gesorgt. Wir haben dies eigentlich sehr positiv zur Kenntnis genommen und danken auch dem Verwaltungsrat und den Beteiligten für das gute Ergebnis. Vielleicht zwei Sachen, die man ein wenig bringen kann. Benvenuto wird sich sehr über diesen Kommentar freuen, dass auch in diesem Jahr über die Verwaltungsratsvergütungen der a.en nichts geschrieben wird und auch hier keine Transparenz herrscht. Ich weiss, Ihr müsst es nicht machen. Aber wir als Besitzer, da könntet Ihr ja durchaus ein Auge zudrücken. Der zweite Kommentar, der mir noch aufgefallen ist. Wenn ich die Verwaltungsratsvergütungen nehme und durch sechs dividiere, nachdem ich die Fr. 48'000.— weggenommen habe, komme ich auf eine durchschnittliche Vergütung von Fr. 29'000.—, was im Vergleich zum letzten Jahr, als ich meine Interpellation gestellt habe, einer Steigerung von 50 % entspricht. Vielleicht waren einfach die Spesen massiv höher. Vielleicht habe ich etwas falsch gerechnet. Aber das ist mir einfach noch aufgefallen. Sonst hat der Bericht zu keinen Diskussionen geführt. Ganz im Gegenteil: Er ist sehr positiv aufgenommen worden. Merci.

Dr. Rudolf Moor: Ich vertrete die böse Minderheit unserer Fraktion, die eben nicht allem zustimmen würde. Wir nehmen den Geschäftsbericht zur Kenntnis, aber mit den Worten, die Urs Knapp jeweils verwendet, nicht zustimmend, sondern eben nicht zustimmend. Wieso? Ich muss sagen, dass uns auch die Zustimmung zur Rechnung schwer fällt, und ich erläutere noch kurz weshalb. Dieter hat ein paar Sachen bereits gesagt. Zum Bericht und Antrag, und das ist inzwischen auch schon zwei- oder dreimal gesagt worden, aber ich denke, es schadet nichts, wenn ich es noch einmal wiederhole: Vor über einem Jahr haben wir im Parlament den Klimanotstand ausgerufen und verlangt, dass man das Ziel netto CO₂ bis 2030 realisieren wird. Das Wort Klimanotstand und das Ziel netto null kommen im Bericht und Antrag nicht vor. Ich finde es einfach schade, dass man solche Entwicklungen nicht mindestens aufnimmt und würdigt. Das würde zeigen, dass man das Parlament ernst nimmt und die Klimabewegung, die sehr engagiert ist, ernst nimmt, und zu versuchen, das Mögliche zu machen, auch wenn dies natürlich nicht einfach ist. Das ist klar. Aber nur, weil es nicht einfach ist, gibt es keinen Grund, dass man dies jetzt nicht zügig und mit voller Energie angeht und als erste Priorität behandelt. Die Sache mit dem Kompass ist jetzt schon zweimal gesagt worden. Wie soll ich sagen? Wir glaubten, man habe sich wahrscheinlich beim Kompass um 100 Jahre getäuscht. Es sei der Kompass 1951 oder ähnlich. Aber das geht natürlich nicht, dass dort als Ziel nach wie vor Graustrom und Erdgas enthalten ist. Die Rechnung weist einen Überschuss von brutto rund 4 oder 5 Millionen Franken auf. Wir werden eigentlich angehalten, uns darüber zu freuen. Aber wir möchten hier schon noch die Frage stellen, ob man dieses Geld vielleicht nicht besser für Investitionen in erneuerbare Energien wie Solarenergie oder Biogas aus der Region und nicht solches, das man von weiss der Teufel woher importiert, hätte investieren können. Auch zu dieser Frage findet man weder im Geschäftsbericht noch im Bericht und Antrag eine Antwort. Dazu, und auch das ist schon angetönt worden, ich sage es jetzt mit noch etwas drastischeren Worten, sehen wir, wie schon in den letzten Jahren, nur die halbe Rechnung. Die andere Hälfte der Tochter, die zu 100 % den Einwohnern und Einwohnerinnen der Stadt Olten gehört, ist für die Volksvertreter eigentlich ein schwarzes Loch, aus dem einfach nichts herauskommt. Wie soll ich einem Wähler erklären, dass ich einer Rechnung zustimme, von der ich die Hälfte gar nicht gesehen habe, obwohl ja die Bevölkerung eigentlich die Eigentümerin dieser Tochter namens a.en ist und zwar zu 100 %? Wie sollen wir Vertrauen haben in einen stadt eigenen Betrieb, wenn die wesentlichen Informationen immer geheim gehalten werden? Wir wissen ja nicht, was sie noch im Sinn haben. Mehr Transparenz wäre hier aus meiner Sicht und aus der Sicht unserer Minderheit überfällig. Ich möchte aber trotz all dieser Kritik den Leuten der sbo, sie sind eigentlich bei der Tochter mit dem schwarzen Loch angestellt, danken, dass sie das Möglichste machen, dass wir meistens «Pfuus», Wasser und Biogas haben, wenn auch das Wasser noch etwas sauberer sein dürfte.

Beschlüsse

1. 35 : 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen
2. Einstimmig mit 39 Stimmen
3. 28 : 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen
4. 32 : 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen
5. Einstimmig mit 39 Stimmen

Gesamtbeschluss

Mit 33 : 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Es wird folgender Rechnungsabschluss 2019 der sbo zur Kenntnis genommen:

a)	Jahresgewinn 2019	vor Verzinsung	CHF	4'980'246.79
b)	Verzinsung Dotationskapital		CHF	-1'480'000.00
c)	Jahresgewinn 2019	nach Verzinsung	CHF	3'500'246.79
	bestehend aus:			
	-Elektrizitätsversorgung Energie/Netz	Überschuss	CHF	145'483.51
	-Erdgas-/Biogas-/Wärmeversorgung	Überschuss	CHF	3'339'826.79
	-Wasserversorgung	Überschuss	CHF	14'936.49
	-Finanzabteilung	verteilt auf die Geschäftsbereiche		

mit Zuweisung dieser Beträge an statutarische Gewinnreserven

d)	Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	9'586'129.96
e)	Bilanz	Bilanzsumme	CHF	100'838'791.10

2. Der Bericht der Revisionsstelle sbo vom 31.03.2020 wird zur Kenntnis genommen.

3. Der sbo-Geschäftsbericht 2019 bestehend aus Vorwort, Lagebericht, Tätigkeitsbericht, Corporate Governance und Finanzbericht wird genehmigt.

4. Dem Verwaltungsrat der sbo wird die Entlastung erteilt.

5. Als Revisionsstelle der sbo wird für das Jahr 2020 die Ernst & Young AG, Basel gewählt.

Vizepräsident Philippe Ruf: Ich danke Euch vielmals, ich danke der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat, dass Ihr hier wart und wünsche Euch einen schönen Abend. Vielen Dank.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Merci vielmals, Herr Vizepräsident, Philippe Ruf, für die Führung dieses Geschäfts.

Mitteilung an
Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit, Abteilung Gemeinden, Prisongasse 1,
4502 Solothurn (durch unterzeichneten Geschäftsbericht und Rechnungen 2018)
Verwaltungsrat sbo
Revisionsstelle sbo
Geschäftsleitung sbo (4)
Leiter Finanzen und Dienste (3)
Finanzverwaltung
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Mai 2020

Prot.-Nr. 48

Dringliche Motion Urs Knapp (FDP) betr. «Kopf-Hoch-Franken für Olten»/Beantwortung

Mit Email vom 18. Mai 2020 hat Urs Knapp (FDP) folgenden Vorstoss eingereicht:

Motionstext:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeindeparlament im Juni 2020 einen Antrag für einen «Kopf hoch-Franken für Olten» vorzulegen. Die Aktion «Kopf hoch-Franken für Olten» soll aus dem Finanzierungsüberschuss der Rechnung 2019 in Höhe von 3,339 Millionen Franken finanziert werden.

Alle Einwohnerinnen und Einwohner von Olten, die am 1. August 2020 volljährig sind, sollen einen Gutschein in Höhe von maximal 222 Franken erhalten.

Dieser Gutschein soll nach Möglichkeit elektronisch ausgestellt werden (eCoupons, beispielsweise auf Blockchain-Technologie). Einwohnende, welche die «Kopf hoch-Franken für Olten» nicht in elektronischen Brieftaschen (Wallets) erhalten wollen, können Gutscheine auf Papier beziehen.

Die Einwohnerinnen und Einwohner können ihre «Kopf hoch-Franken für Olten» in frei gewählter Stückelung bis spätestens am 31. Dezember 2020 bei juristischen Personen mit einem steuerpflichtigen Geschäftssitz in Olten (Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften, Vereine, Stiftungen) sowie bei Einzelunternehmen mit Sitz in Olten an Zahlung geben bzw. einlösen

(z.B. Detailhandel, Restaurants, kulturelle und soziale Institutionen, Gewerbebetriebe – unabhängig von der konkreten Rechtsform).

Die Empfänger können die erhaltenen Gutscheine monatlich der Finanzdirektion der Stadt Olten vorweisen und gegen Schweizer Franken eintauschen. Die Details der Zuteilung, Einlösung und Gutschreibung der «Kopf hoch-Franken für Olten» sind vom Stadtrat transparent zu regeln.

- - - -

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Idee «Helikoptergeld» an alle volljährigen Oltnen Einwohnerinnen und Einwohner zu verteilen, scheint auf den ersten Blick eine verlockend gute Idee zu sein. Sie macht aber weder wirtschaftlich noch finanzpolitisch Sinn.

Der im Jahr 2019 entstandene Finanzierungsüberschuss (rund 3.4 Mio. Franken), welcher von den steuerzahlenden Oltnen erarbeitet worden ist, soll nun an alle Einwohnerinnen und Einwohnern nach dem Giesskannenprinzip ausbezahlt werden. Was wir heute mit Gutscheinen verteilen, werden wir in Zukunft mit Steuern zurückzahlen oder durch Kürzung von Investitionen einsparen müssen.

Viele Einwohnerinnen und Einwohner konnten während des partiellen Lockdowns weniger Ausgaben tätigen und so Geld sparen (Vgl. NZZ-Artikel vom 3.4.2020 <https://www.nzz.ch/finanzen/weniger-konsumieren-und-mehr-sparen-die-corona-krise-wirkt-sich-darauf-aus-wie-die-schweizer-mit-ihrem-geld-umgehen-ld.1550041?reduced=true&mktcval=E-mail&mktcid=sms>).

Die meisten Leute haben genug Geld, um den Nachholbedarf beim Konsum zu stillen, dies auch ohne Gutscheine. Zusätzlicher Konsum aufgrund der Gutscheine ist deshalb fraglich. Wenn schon, müssten solche Gutscheine an tatsächlich bedürftige Personen verteilt werden, weil diese dieses Geld in der Regel tatsächlich in den zusätzlichen Konsum stecken. Der Kopf-Hoch-Franken dürfte deshalb kaum Wirkung entfalten.

Der Stadtrat empfiehlt die dringliche Motion nicht erheblich zu erklären. Dies aus folgenden Gründen:

1. Für die nächsten Jahre wird eine Rezession erwartet. Die Steuereinnahmen werden sinken, Sozialhilfeempfänger werden zunehmen

Die Corona Pandemie wird die Schweiz stark treffen. Sowohl das seco als auch die KOF rechnen mit einem starken Rückgang des BIP (-5.5% / - 6.5%) und einer Rezession. Gemäss KOF müssen Gemeinden, Kantone und der Bund in den nächsten Jahren mit einem Rückgang der Steuereinnahmen von mehr als 25 Mrd. Franken rechnen. Auch die Stadt Olten als Industriestandort wird nicht verschont bleiben. Gleichzeitig rechnet die schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) mit bis zu 77'000 zusätzlichen Sozialhilfebezügern. Um sich nicht noch mehr massiv zu verschulden, wird die Stadt Olten nicht darum herumkommen, ihr Aufgabenportfolio zu überprüfen.

2. Ausblick auf künftige Projekte

Die Stadt hat immer noch eine mittlere Verschuldung von rund 1'500 Franken pro Einwohner. Aufgrund der erwarteten Auswirkungen der Pandemie dürfte sich diese Situation auch ohne Verteilung von Steuergeldern in Millionenhöhe zuspitzen. Es ist davon auszugehen, dass die pro-Kopf-Verschuldung Ende des Jahres 2020 wieder auf 2'000 Franken pro Einwohner sein wird, da mit Mindereinnahmen aufgrund der Corona-Pandemie gerechnet werden muss.

Der Finanzplan 2020 - 2026 weist im steuerfinanzierten Bereich trotz Steuererhöhungen und dem Verkauf von Liegenschaften folgende Finanzierungsdefizite auf:

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Nettoinvestitionen	12'870	19'408	17'648	19'230	8'540	12'740	14'860
Finanz.fehlbetrag (+)	6'806	10'697	7'498	9'539	-1'644	2'444	4'311

Der Finanzfehlbetrag beträgt trotz geplanter Steuererhöhung von 4% rund 40 Mio. Franken für die nächste Zeit, wobei der grösste «Brocken» die neue Schulanlage mit ca. 30.6 Mio. Franken sein wird. Gemäss nun vorliegendem Projekt dürfte sich die Endsumme der Investition sogar auf rund 34.6 Mio. Franken belaufen. Aber auch nach dem Jahr 2026 stehen gewichtige Investitionen, wie der neue Bahnhofplatz, an. Investitionen in die Attraktivierung der Stadt haben für das Gewerbe die grössere und nachhaltige Wirkung als das einmalige Verteilen von Gutscheinen.

3. Stossende Verteilung

Das Gutscheinsprinzip ist ein Giesskannenprinzip. So werden Gelder an Einwohnerinnen und Einwohnern verteilt, die es gar nicht nötig haben. Profitieren können auch Personen, die ihre Steuern notorisch nicht bezahlen, obwohl sie es könnten, oder solche die nur Verlustscheine generieren. Eine Verrechnung ist gemäss Motion nicht zulässig und wäre aufgrund des administrativen Aufwands wohl zu aufwändig. Auf der anderen Seite können die Gutscheine bei juristischen Personen oder Einzelunternehmungen in Olten eingelöst werden, welche durch den partiellen Lockdown gar nicht betroffen sind.

Es macht keinen Sinn, Gutscheine an vermögenden Einwohnerinnen oder Einwohnern zu verteilen, die dann ihre Gutscheine bei gutgehenden Betrieben einlösen, wie beispielsweise Anwälte, Notare, Treuhänder, Drogisten, Apotheker etc., welche durch den Lockdown keine oder nur geringe Umsatzverluste erzielt haben. Die Motion stellt somit nicht sicher, dass effektiv Betriebe von den Gutscheinen profitieren können, welche stark vom Lockdown betroffen sind. Es ist ohnehin zu befürchten, dass die Gutscheine mehrheitlich zur Befriedigung des täglichen Bedarfs genutzt werden und somit keinen zusätzlichen Konsum generieren.

4. Entwicklung einer App für das digitale Wallet

Eine App für das digitale Wallet muss extern entwickelt oder eingekauft werden. Die Stadtverwaltung hatte bis jetzt keinen Kontakt zu Unternehmen, welche solche Apps entwickeln oder anbieten. Eine aktive Einflussnahme der Stadtverwaltung auf die App-Entwicklung ist ausgeschlossen. Aufgrund des hohen Geldtransfers muss ein App eine Testphase durchlaufen. Diese Tests müssten ebenfalls extern erfolgen. Eine Inbetriebnahme des «Kopf-Hoch-Frankens» vor Oktober 2020 ist wenig realistisch. Zudem besteht auch ein Risiko, denn Bitcoin und ähnliche Währungen wurden bereits erfolgreich gehackt.

5. Datenlieferung an einen unbekanntem Dritten

Die Stadtverwaltung müsste Personendaten von Einwohnerinnen und Einwohnern und der steuerpflichtigen juristischen Personen und Einzelunternehmen einem App-Entwickler und App-Betreiber liefern. Inwieweit solche Datenlieferungen ohne Einverständnis von Einwohnerinnen und Einwohnern, (insbesondere bei Auskunftssperren) rechtlich zulässig ist, muss vorgängig abgeklärt werden. Bei solchen Datenlieferungen sowie deren für die Umsetzung der Motion gezwungenermassen notwendige Bearbeitung muss sichergestellt sein, dass der Datenschutz eingehalten wird.

6. Digitale Währung – Bewilligung durch die Finanzmarktaufsicht muss geprüft werden

Der «Kopf-Hoch Franken» ist eine digitale Währung. Für die Herausgabe einer digitalen Währung kann eine Bewilligung durch die Finanzmarktaufsicht (Finma) nötig werden. Inwieweit die Stadt Olten eine solche Bewilligung ebenfalls einholen müsste, muss mit

Branchenspezialisten vertieft abgeklärt werden (vgl. Beiblatt der Finma). Abklärungen durch Spezialisten sind meistens kostspielig.

7. Support für den Umgang mit einer digitalen Währung

Ein gewisser Anteil der Oltner Bevölkerung dürfte trotz Besitz eines Smartphones nicht im Umgang mit dem digitalen Wallet geübt sein. Eine Hotline für Installation und Anwendung müsste - verbunden mit Kosten - extern sichergestellt werden.

8. Herausgabe von Gutscheinen

Es wird geschätzt, dass rund $\frac{1}{4}$ des Geldtransfers nicht via Wallet stattfinden könnte, sondern durch die Herausgabe von Gutscheinen erfolgt. (Stand Anfangs Mai: 15'680 volljährige Einwohnerinnen und Einwohner). Somit müssten rund 900'000 Franken in Gutscheinen ausgestellt werden. Gutscheine mit einer solch hohen Summe müssten gewisse Sicherheitsmerkmale aufweisen. Das blosses Ausdrucken eines Gutscheins mit einem Olten-Stempel dürfte kaum genügen und würde sich leicht kopieren lassen. Sowohl die Herstellung als auch die Verteilung dürften nicht ganz einfach sein.

9. Stückelung des Gutscheins

Gemäss Motion müsste die Stückelung frei wählbar sein. Bei einer Umsetzung mittels Blockchain wäre dies kein Problem. Um eine Gleichbehandlung sicherzustellen, müssten Papiergutscheine ebenfalls der Stückelung unterliegen.

Um eine Verwendung der Gutscheine in Oltner Geschäften sicherzustellen, müssten alle Oltner Geschäfte mit entsprechenden Wechselgutscheinen ausgestattet werden. Geschäfte, die Tauschgutscheine beziehen, müssten zur Sicherstellung den Gegenwert der Gutscheine in Franken bei der Stadtverwaltung hinterlegen. Alternativ müssten Oltner Geschenkgutscheine mit fixer Stückelung geprüft werden.

10. Pionierarbeit in Blockchaintechnologie

Der Motionär führt in seiner Motion verschiedene Beispiele für Gutschein-Aktionen an. Es muss jedoch festgestellt werden, dass keine der Gutschein-Aktionen mit Blockchain durchgeführt wurde. Teilweise waren es Vorstösse, welche jedoch nie realisiert worden sind:

- Digitale Gutscheine gem. Digitalministerin Bär - nicht oder noch nicht realisiert
- KB Thurgau: keine Blockchainlösung - blosses Gutscheinabgabe
- Stadt Luzern: nicht oder noch nicht realisiert
- SP Nationalrätin Sandra Locher: wird gefordert, aber nicht umgesetzt
- St. Gallen: Lösung aus dem Jahr 2009, keine Blockchainlösung.

Umsetzung

Sollte die dringliche Motion erheblich erklärt werden, müsste eine aufwändige Umsetzung erfolgen, für welche die gesetzte Frist bis Ende Jahr höchstwahrscheinlich nicht eingehalten werden könnte, so dass nicht von einer kurzfristigen Umsatzsteigerung die Rede sein kann:

Digitale Umsetzung:

1. Entwicklung einer App durch Externe (Kosten?)
2. Versand eines Briefes an alle volljährigen Oltnerinnen und Oltner mit einem Zugangs- und Aktivierungscode (Massenversand durch Externe (Kosten?))
3. Sicherstellung einer Hotline für Installations- und Aktivierungsfragen durch Externe (Kosten ?)
4. Entwicklung Registrationsportal für Oltner Unternehmen durch Externe (Kosten?)
5. Manuelle Prüfung der registrierten Unternehmen auf die effektive Steuerpflicht in Olten (Stadtverwaltung)
6. Sicherstellen eines Abrechnungstools mit der Stadtverwaltung (ggf. zusammen mit der App)
7. Noch abzuklären: Datenschutz (Herausgabe von Daten an Dritte), Finma-Registrierung einer digitalen Währung.

Zusätzliche manuelle Umsetzung:

1. Entwickeln von fälschungssicheren Gutscheinen in verschiedenster Stückelung (Extern, Kosten?)
2. Organisation der Abgabe von Gutscheinen durch die Stadtverwaltung (mit der Abgabe muss der Zugangscode zur App neutralisiert werden)
3. Bestückung der registrierten Geschäfte mit gestückelten Gutscheinen als Tauschwährung. (Sofern in einem Geschäft nicht der ganze Gutschein eingelöst wird, müssen die Geschäfte wieder Oltner Franken herausgeben. Dies zur Sicherstellung, dass der ganze Betrag in Olten ausgegeben wird.)
4. Oltner Unternehmen müssen den Gegenwert an Tauschwährung in Franken bei der Stadt hinterlegen (pro Unternehmer ist ein Depot zu führen). Die Depotführung erfolgt durch die Stadtverwaltung
5. Die Abrechnung erfolgt monatlich. Das Depot mit den hinterlegten Franken wird nach Beendigung der Aktion wieder aufgelöst. Die Stadt richtet einen Zusatzschalter für abrechnende Unternehmen ein.

Aus den genannten Gründen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die dringliche Motion nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Urs Knapp: Lasst mich einleitend zuerst drei Feststellungen machen. Ich bin kein Selbstmörder, ich bin kein Alkoholiker, und ich bin auch nicht karrieregeil. Ich habe erwartet, dass die Kopf-Hoch-Franken für Olten-Motion Emotionen wecken wird, war aber doch ein wenig erstaunt, wie heftig diese Emotionen waren. Ein sehr geschätztes Mitglied dieses Parlaments hat mir gesagt, mit dieser Idee, Urs, schaufelst Du Dir Dein Grab. Das ist politischer Selbstmord. Jemand anders hat mir prominent in den Medien gesagt, das sei eine Schnapsidee. Es ist etwas der Eindruck entstanden, da hat der Knapp ein paar Schnäpse getrunken und dann etwas ganz Komisches zu Papier gebracht. Ein dritter Parlamentarier hat mir geschrieben, Urs will einfach Stadtrat werden. Überraschenderweise ist das von jemand gekommen, von dem man sagt, er möchte es auch werden. Ich möchte es nicht. Meine Antwort ist eigentlich überall gleich. Es geht in dieser Sache wirklich nur um Olten. Mir geht es überhaupt nicht um meine Person. Ich bin froh darum, dass wir heute sachlich darüber reden können. Ich danke Euch auch, dass Ihr dies mit der Zustimmung zur Dringlichkeit ermöglicht habt. Ich denke, es ist ein wichtiges Thema. Man kann

unterschiedlicher Meinung sein. Aber man sollte schauen, worum es geht. Wir befinden uns in einer ausserordentlichen Lage, einerseits wegen des Corona-Virus und andererseits wegen des Lockdowns, der daher gemacht wurde. Ausserordentlich ist diese Lage. Die Wirtschaft der Schweiz stürzt in die schwerste Rezession seit Jahrzehnten. Ein Drittel der Arbeitnehmenden war in den letzten Wochen auf Kurzarbeit. Die Konsumentenstimmung ist dramatisch eingebrochen, und die ausserordentliche Lage trifft auch die Stadt Olten. Viele Läden, viele Restaurants werden in den nächsten Wochen ums Überleben kämpfen. Es gibt jetzt schon Hinweise, dass gewisse Läden, gewisse Restaurants nicht mehr öffnen werden. Die sonst so lebendige Kulturszene, auch viele Kulturschaffende haben Angst um die Zukunft, und auch Gewerbetreibende spüren die schlechte Stimmung der Konsumenten ganz direkt in ihren leeren oder leereren Kassen. Wenn jetzt nicht kurzfristig ein Ruck durch die Bevölkerung geht, wird diese Stadt sichtbar jahrelang leiden. Der Stadtrat hat erste, gut gemeinte Massnahmen beschlossen, doch ein Erlass der Parkgebühren als ein Beispiel ist nicht mehr als ein Tropfen auf einen sehr heissen Stein. Ein solcher Tropfen löst in der Bevölkerung keinen Ruck aus. Ausserordentliche Lagen können nur mit ausserordentlichen Massnahmen bekämpft werden, wie zum Beispiel mit dem Kopf-hoch-Franken für Olten. Wie ist diese Idee entstanden? Eigentlich ganz einfach. Ich habe erfahren, wie die Rechnung 2019 der Stadt Olten aussieht. Sie zeigt einen Überschuss von rund 10 Millionen Franken, 10 Millionen mehr, als budgetiert wurde. Davon gehen 3,339 Millionen, ganz genau gesagt, in weiteren Schuldenabbau. Das entspricht weitgehend dem Wert der Alpiq-Aktie, die letztes Jahr verkauft wurde. Dann habe ich mich gefragt, ob es wirklich sinnvoll ist, dass man die 3,339 Millionen Franken zum Abbau von Schulden braucht. Meine Antwort in der ausserordentlichen Lage ist nein. Diese Millionen können besser genutzt werden. Sie können einen Ruck erzeugen, einen Impuls zur Krisenbewältigung geben. Dank des Überschusses von 10 Millionen bleiben dann immer noch 6,6 Millionen Franken in der Kasse, mit denen man anfangs 2019 gar nicht gerechnet hat. Wer bei diesen Fakten behauptet, wegen des Oltners Frankens «würden Millionen fehlen für Investitionen wie ein neues Schulhaus, einen attraktiven Aarezugang oder einen neuen Bahnhofplatz» verbreitet, es tut mir leid, dass ich dies so direkt sagen muss, fake news, oder agiert schlichtweg demagogisch. Auch nach der Aktion, wenn sie kommen würde, hat es immer noch 6 Millionen Franken mehr in der Stadtkasse, als man eigentlich dachte. Wie erzeugt man jetzt kurzfristig diese Wirkung für die Stadt Olten? Die NZZ hat am 22. Mai, am vergangenen Samstag, geschrieben: «Wichtig für den Wirtschaftsgang in den kommenden Monaten wird sein, auf welchem Niveau sich die Konsumausgaben einpendeln werden. Die Lage kann sich normalisieren. Aber es kann auch zu einer schleppenden Erholung kommen, wenn die Menschen sich bei Ausgaben zurückhalten». Eine andere Zeitung, Finanz und Wirtschaft, zwei Tage vorher: «Ohne den Konsumenten kann Wirtschaftswachstum kaum stattfinden». Wenn man schaut, was passiert, die Konsumenten streiken. In den letzten zwei Monate haben sie über 8 Millionen Franken mehr auf die hohe Kante gelegt. Sie sind noch sparsamer geworden. Das ist das Geld, das nachher fehlt. Dort setzt dann auch diese Idee an. Man muss die Konsumentinnen und Konsumenten überreden, anregen, animieren, dass sie dieses Geld ausgeben. Das geht mit einem befristet gültigen, das ist ganz wichtig, Gutschein. Dass dies funktioniert, da gibt es Fakten. 2009 hat die Stadt St. Gallen nach der Finanzkrise der Bevölkerung einen 50-Franken-Gutschein gegeben, und gleichzeitig haben sie erfreulicherweise einen Auftrag erteilt, wissenschaftlich abzuklären, was dies auslöst. Die Erfahrungen, ich habe den Link in der viel zu langen Begründung meiner Motion drin, sind positiv. In der Auswertung heisst es unter anderem: «Verschiedene Indizien deuten darauf hin, dass die Aktion das beabsichtigte Ziel erreicht hat». Es ist auch untersucht worden, ob eine so kurzfristige Gutscheinaktion anders oder besser wirkt. Das ist eine kurzfristige Steuersenkung. Auch dort war die Aussage klar, dass mit einer vorgegebenen Summe im Rahmen einer Gutscheinaktion, die limitiert ist, «das Mehrfache an Zusatzkonsum ausgelöst wurde, als dies mit einer einmaligen Steuereffizienzreduktion der Fall gewesen wäre». Bei solchen Fakten ist es kein Wunder, dass die Idee dieses Gutscheins nicht nur auf dem Mist von Knapp gewachsen ist und es sehr viele Beispiele gibt, nicht nur in der Schweiz, auch in Europa, dass dies funktioniert, von SP bis SVP. Die SP-Nationalrätin Sandra Locher fordert zum Beispiel Fr. 200.— Feriengutscheine. Der Fraktionschef der SP fordert das Gleiche in einem anderen Zusammenhang. Der SVP-Stadtrat André Wicki will allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Zug einen Einkaufsgutschein von Fr. 100.— schenken. Die CVP

macht auch mit. Die CVP der Stadt Bern fordert einen Berner Batzen von Fr. 100.— für jeden Haushalt. Verschiedene Zentralschweizer Gemeinden planen einen Gutschein für die Einwohner. Die Stadtregierung von Bern Fr. 100.— pro Kopf. In Hergiswil haben sie sogar das Geld für Fr. 500.— pro Kopf. Die Thurgauer Kantonalbank für jeden Haushalt 30-Franken-Gutscheine für die Konsumförderung. Selbst ein Arbeitgeberverband setzt sich dafür ein. Es ist nicht in der Schweiz, aber in Österreich. Deswegen muss es ja nicht schlechter sein. Der Handelsverband. Unter dem Titel der Medienmitteilung, die sie am 12. Mai veröffentlicht haben: «Helikoptergeld, 500 Euro Österreich-Checks, für gelungenes Kaufkraft-Comeback». Was ist das Besondere des Kopf-Hoch-Frankens von Olten? Es wäre langweilig, nur etwas zu kopieren. Ich bin und bleibe natürlich auch Finanzpolitiker. Deshalb habe ich diese Motion bewusst so formuliert, dass bis auf den Rappen genau klar ist, was dies kostet. Die Aktion darf maximal 3,339 Millionen Franken kosten. Davon muss alles bezahlt werden, die Organisation, die Abklärungen und dann natürlich vor allem die Gutscheine. Je effizienter die Administration ist, desto mehr bleibt den Bürgerinnen und Bürger. Ich habe ein wenig gerechnet und gedacht, wenn man ganz effizient ist, kommt man auf eine so schöne Zahl, die man gut kommunizieren kann. 222 Franken. Vielleicht werden es am Schluss 215 Franken sein. Mehr wird vielleicht etwas schwierig sein. Wie soll dies funktionieren? Es braucht einen Gutschein, der nur kurzzeitig einlösbar ist. Sonst verpufft dies. Deshalb schlage ich die Befristung bis 31. Dezember 2020 vor. Wenn man schnell arbeitet, wenn ich richtig gerechnet habe, wenn der Stadtrat im Juni bringen wird, man diesem zustimmen wird, die Referendumsfrist abwarten wird, wird dies am 3. August starten können. Dann hat man nach Adam Riese fünf Monate Zeit, um dies auszulösen. Wenn es dann vielleicht erst bei der Chilbi wäre, die nicht stattfinden wird, aber vielleicht halb stattfinden wird, dann wäre dies auch eine Eröffnung. Es braucht einen Gutschein, den die volljährigen Einwohnerinnen und Einwohner nach Belieben einlösen können. Wir dürfen ihnen nicht vorschreiben, Ihr dürft ihn nur beim Gewerbe Olten einlösen. Nein, sie sollen ihn überall einlösen können, und sie sollen auch die Möglichkeit haben zu entscheiden, wem sie ihn geben wollen. Dem Verein um die Ecke, dem Grossverteiler, der Einzelunternehmung. Die Unternehmen können ja auch darum buhlen, damit sie diese Unterstützung erhalten. Vielleicht bekomme ich ja bei Daniel Kissling, wenn ich dies zahlen würde, das zweite Bier 10 % günstiger. Ich weiss es nicht, Daniel. Darüber müsste man reden. Das wären so kreative Ideen. Es braucht einen Gutschein, der möglichst sicher und effizient ist, in frei wählbarer Stückelung. Deshalb regt die Motion an, sie schreibt es nicht vor, man solle doch einmal überlegen, ob man es nicht auch mit eCoupons machen könnte. Das kann man machen, es wird jetzt halt ein wenig technisch, indem man jeder Einwohnerin und jedem Einwohner ein Wallet, eine elektronische Brieftasche, gibt. Das funktioniert etwas ähnlich wie Twint. Es funktioniert mit einer bewährten Technologie. Das hat auch noch einen ganz schönen Nebeneffekt. Es gibt dies in der Schweiz noch nicht. Wir hätten einmal Vorreiterrolle. Die Technologie, die dahinter ist, und da hat mir selbst der Herr in meinem Rücken bestätigt, dass dies eine Technologie ist, die zukunftsgerichtet ist. In wenigen Jahren wird die Blockchain-Technologie das gesamte Zahlungswesen, auch einer Stadt, tiefgreifend verändern. Wenn Olten hier Vorreiter sein kann, wäre es noch ein Reputationsgewinn. Man kann es auch mit einem Gutschein machen. Man kann auch einen QR-Code auf einem Gutschein anbringen, und dann geht es. Was der Stadtrat gesagt hat, dann werde ich dies im nächsten Anlauf sagen, es ist eine etwas spezielle Sache. Ich danke Euch bestens für die Aufmerksamkeit. Springt auch über den Schatten. Man kann manchmal etwas tun, das vielleicht etwas speziell ist. Besten Dank.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Lieber Urs, die Sache mit der Schnapsidee scheint Dich zu beschäftigen. Das hast Du mir am Montag in der Fraktionssitzung schon etwa 15 Mal vorgehalten und jetzt kommst Du wieder damit. Es war natürlich nicht meine Idee, Dich als Alkoholiker abzustempeln. Gemäss Duden ist eine Schnapsidee «ein unsinniger, seltsamer Einfall und eine verrückte Idee». Das passt hier genau dazu. Aber lassen wir dies. Die aktuelle Krise wird schwerwiegende Auswirkungen auf die Städte und ihre Finanzen haben. Wie diese Auswirkungen konkret sind, weiss man im jetzigen Moment noch nicht, weil es noch viele Ungewissheiten hat. Es hängt natürlich davon ab, wie sich nicht nur die Schweiz erholt, sondern die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in allen Ländern kommen wird. Es ist zu erwarten, dass bei der Industrie, vor allem bei der Exportindustrie das «Loch» erst im

Herbst kommen wird. Im Moment haben sie zum Teil noch Aufträge, die sie ausliefern können. Aber es wird nichts mehr bestellt. Es werden keine Investitionen mehr getätigt. Dort wird etwas Wahnsinniges auf uns zukommen. Erschwerend kommt dazu, dass wir in diesem Jahr zum ersten Mal die STAF umsetzen müssen. Das ist ein weiterer Unsicherheitsfaktor. Wie viele Ausfälle wir dort haben werden, wissen wir im Moment auch nicht. Als Stadt wird man sich hüten müssen, wie die Finanzen nicht nur 2020, sondern auch 2021 aussehen werden. Der Bund und der Kanton haben relativ rasch gehandelt, haben die Finanzhilfen zur Verfügung gestellt, haben die Kurzarbeit umgewandelt, viel vereinfacht, geschaut, dass die Betriebe, die geschlossen werden mussten, schnell zu ihrem Geld gekommen sind, damit sie die Arbeitnehmenden zahlen konnten. Diejenigen, die Kurzarbeit hatten, konnten in dieser Zeit sparen. Du hast es ja selber gesagt. Man hat relativ viel gespart, weil man ja nicht mehr in den Ausgang und die Läden gehen konnte. Man hat auch aus Angst, das macht man immer, wenn man Angst hat, man komme in eine Rezession, gespart. Geld zum Ausgeben wäre vorhanden. Der Regierungsrat des Kantons Solothurn wird etwas verabschieden, was die Mieten betrifft. Allen Betrieben, die vom Bundesrat geschlossen wurden, wird eine Drittellösung vorgeschlagen, wie dies Basel-Stadt gemacht hat. Das heisst, der Vermieter muss einen Drittel ans Bein streichen, der Mieter zahlt einen Drittel, und einen Drittel übernimmt der Kanton. Selbstverständlich ist dies freiwillig. Wenn der Vermieter sich weigert, wird die Drittellösung nicht kommen. Ich gehe davon aus, dass dies nächste Woche im Regierungsrat so genehmigt wird. Dieser Entscheid wird subsidiär sein. Wenn der Bund nichts macht, wird die kantonale Lösung vollzogen. Das kostet den Kanton, wenn alle, die von dieser Schliessung betroffen sind und die Parameter, die vorgegeben sind, etwa 11 Millionen. Dann sehe ich nicht ein, weshalb wir als Stadt hier auch noch etwas machen sollen. Ich bin erstaunt, dass ein FdP-Mitglied, das jahrelang immer gesagt hat, Giesskannenprinzip ist nichts, jetzt mit einer solchen Giesskannenlösung kommt. Ich möchte jetzt nicht arrogant tönen. Aber ich meine, ob ich jetzt die 222 Franken zusätzlich habe oder nicht, verändert mein Leben nicht. Ich bin nicht derjenige, der dies «braucht». Ich habe genug Geld, um zu konsumieren. Wenn schon, müsste man dieses Geld den Leuten geben, die sich jetzt wirklich einschränken müssen. Sie würden das Geld auch effektiv für den Konsum brauchen. Sie sind darauf angewiesen, dass sie mit diesem Geld Sachen kaufen können, weil sie Grundnahrungsmittel und andere Sachen brauchen, die sie sich sonst nicht leisten können. Das bringt nichts, wenn wir Geld zu vermögenden Leuten, da meine ich natürlich nicht mich, einfach nach dem Giesskannenprinzip verteilt. Es war auch nicht erstaunlich, dass sämtliche Vertreter des Gewerbes und Handels, sei es vom Gewerbe Olten, der Handelskammer oder vom Gewerbeverband des Kantons Solothurn, die Idee nicht gut fanden. Sie haben auch darauf aufmerksam gemacht, dass es wichtiger ist, dass die Stadt jetzt beispielsweise die Investitionen, die sie in den nächsten Jahren geplant hat, auch auslöst. Das bringt dem Gewerbe und den hier ansässigen Unternehmen längerfristig mehr, als wenn man jetzt einfach 222 Franken verteilt, mit denen man dann irgendwo einkaufen kann. Du hast gesagt, Du willst den Konsum anregen. Was bringt es, wenn die 222 Franken dann einem Verein zur Verfügung gestellt werden? Das regt den Konsum ja nicht an. Wenn schon, müsstest Du schauen, dass das Geld in Konsumgüter fliesst und nicht einfach irgendjemandem gegeben werden kann, dem man es geben will. Du machst zwar einen Vorschlag mit dieser Blockchain-Lösung. Das tönt alles gut und recht. Du hast es ja selber gesagt. Das hat noch nie jemand gemacht. Jetzt müssen wir ohne personelle Ressourcen in der Stadt schauen, dass dies umgesetzt wird. Ich meine, wir haben kein Personal für so etwas. Wenn schon, müsstest du uns Personal zur Verfügung stellen. Wir gehen davon aus, dass ein Drittel oder ein Viertel werden die Sache mit der Blockchain-Lösung nicht umsetzen können, und dann müssen wir Gutscheine machen. Das ist nicht einfach. Du kannst sie nicht einfach beim Eingang des Stadthauses auflegen und sagen, jeder kann nehmen. Du musst Leute haben, die sie verteilen. Du musst die Leute, die kommen, aufschreiben. Das ist ein bürokratischer Aufwand, der riesig ist. So personell eng wie wir jetzt gerade in der Finanzdirektion sind, möchte ich jedenfalls, wenn wir Geld verteilen, nicht, dass wir am Schluss einen Drittel brauchen, nur für Mitarbeitende und eine Lösung dieses Blockchains. Wir wissen auch nicht, wie teuer die Blockchain-Lösung wird. Du hast zwar gesagt, es könnte auf Fr. 60'000.— kommen. Es könnte auch viel mehr sein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies so billig ist. Dann gibt es andere Unsicherheiten. Ihr habt das Beiblatt der FINMA erhalten. Vielleicht braucht es ja eine finanzmarktrechtliche

Bewilligungspflicht. Wir müssen Steuerdaten herausgeben. Wir müssen der Unternehmung, welche die Blockchain-Lösung machen würde, alle Einwohner bekanntgeben. Wir müssen sagen, wer in Olten steuerpflichtig ist. Das sind heikle Daten. Ob wir diese einfach so herausgeben dürfen, weiss ich im Moment nicht. Auch dies braucht ganz viele Abklärungen. Du bist naiv, wenn Du das Gefühl hast, bis im Juni werden wir hier einen Bericht und Antrag vorlegen können. Das dauert noch einen Monat. Das ist viel zu kurzfristig. Ich weiss nicht, wie wir dies alles umsetzen sollen. Von daher hat es noch andere Punkte. Aber Ihr konntet es ja im Bericht und Antrag lesen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass man dies nicht erheblich erklären soll. Merci.

Philippe Ruf, SVP-Fraktion: Lieber Urs, Du weisst, ich bin ein grosser Fan von Dir, wie Du auch den Mut hast, trotz Gegenwind so etwas einzubringen. Ich finde dies wirklich lässig. Du hast jetzt selber gesagt, obwohl Du offenbar clevere Leute hattest, die Dir im Vorfeld zugeredet haben, hast Du es trotzdem durchgezogen und machst dies. Ich schwinge nicht lange Reden und erwähne rasch sechs Argumente, die ganz kurz sind, wieso dies keine gute Idee ist und wir von der SVP dies auch ablehnen werden. Es gibt noch diverse weitere Gründe. Aber ich halte mich wirklich kurz. Erstens: Deine Annahme, dass die Bevölkerung weniger Geld hat, da bin ich mir schon einmal nicht sicher. Als Beispiel, Benvenuto hat es auch angetönt, ich selber habe jetzt während der Corona-Krise monatlich mehr Geld zur Verfügung, weil ich keinen Arbeitsweg habe, kein Benzin. Die meisten Unternehmen zahlen auch weiter 100 % Lohn, auch wenn sie Kurzarbeit haben. Diese Aussage ist schon einmal kritisch. Dort bin ich mir nicht ganz sicher, ob wirklich alle so viel weniger Einkommen haben. Zweitens: Wichtig, und ich weiss nicht, ob Du es mitbekommen hast, wir haben nicht so viel Geld und haben wichtige Projekte vor uns. Drittens: Das ist eine einfache Umverteilung. Viele, auch grosse Firmen, die in Olten Steuern zahlen und die dieses Geld hineingegeben haben, werden nichts davon profitieren. Du wirst diese Gutscheine nicht bei den grossen Steuerzahlern einlösen können. Viertens: Gutscheine bedeuten nicht, dass der Konsum grösser wird. Fünftens: Giesskannenprinzip. Benvenuto hat es auch schon angesprochen. Du bedienst zum Teil Leute, die dieses Geld gar nicht brauchen, und andere, die es vielleicht dringender brauchen, erhalten gleichviel wie diejenigen, die es gar nicht brauchen. Eine solche Umverteilung «verhebt» nicht. Sechstens, ein kleinerer Punkt: Auch die Umsetzung würde wieder kosten. Auch dies hat Benvenuto bereits angesprochen. Es ist auch fraglich, wie dies umsetzbar wäre und es wäre auch zeitlich relativ schwierig, dies umzusetzen. Lieber Urs, ich finde es cool, dass Du dies gemacht hast. Ich finde es cool, dass Du dies durchgezogen hast, obwohl Du wusstest, dass so viel Gegenwind kommen wird. Das ist wirklich keine gute Idee. Wir müssen dieses Geld definitiv anderweitig investieren.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Zuerst etwas Grundsätzliches: Die Motion basiert ja eigentlich ein wenig auf einem Missverständnis, und dieses Missverständnis besteht in der Annahme, dass ein Plus von 9,9 Millionen in der Stadtkasse heisst, dass wir jetzt irgendwie überschüssiges Geld hätten. Die knapp 10 Millionen Überschuss kommen davon, dass die Stadt weiterhin wichtige Investitionen vor sich herschiebt, dass die Stadt als Dienstleisterin im Jahr 2019 ein halbes Jahr auf Eis lag, dass sie mit verschiedenen Einmaleffekten zusätzliches Geld einfahren konnte und weil die Stadt einmal mehr die Steuereinnahmen zu tief eingeschätzt hat, was wiederum verunmöglicht hat, dass wichtige Investitionen überhaupt budgetiert werden konnten. Es wäre natürlich schon gewesen, wenn die Medien über dieses Thema mit einer ähnlichen Atemlosigkeit berichtet hätten wie über diesen Vorstoss. Aber es ist, wie es ist. Wir finden die Motion auch inhaltlich falsch. Wenn sich für die Stadt die Möglichkeit ergibt, natürlichen und juristischen Personen subsidiär zum Bund und zum Kanton gezielt finanziell unter die Arme zu greifen, sind wir selbstverständlich dabei. Da gibt es garantiert noch Sachen, die dann kommen werden. Wenn dies 3,4 Millionen kostet, dann kostet es 3,4 Millionen. Unser Anspruch in diesem Fall ist einzig, dass das Geld dorthin kommt, wo es auch wirklich gebraucht wird, und die Giesskanne, wir haben es mehrfach gehört, ist tatsächlich kein geeignetes Mittel, und es erstaunt auch uns ein wenig, dass dies offenbar innerhalb der FdP umstritten ist. Wem soll dieses Geld geschenkt werden? Wenn es um den wirtschaftlichen Effekt von Corona geht, gibt es im Moment ja zwei Hauptgruppen in der arbeitenden Bevölkerung. Die Einen, und zu dieser Gruppe gehöre ich und Benvenuto, wie er vorhin gesagt hat, die sogenannten Mitglieder des

Mittelstands machen seit dem Anfang des Lockdowns Homeoffice. Wir erhalten genau gleich weiterhin unseren «Zapfen». Unsere Ausgaben sind gesunken. Keine ÖV-Billette, kein Feierabendbier in der Beiz, kein Kino, vielleicht auch keine Sommerferien. Wir alle in dieser Gruppe haben viel mehr als 222 Franken gespart, und ich hoffe, dass ganz viele von uns jetzt zumindest einen Teil dieses Geldes in Oltner Geschäfte tragen werden. Es wäre ein schöner Akt von Lokalpatriotismus. Die andere Gruppe ist finanziell direkt von Corona betroffen. Kulturschaffende, Inhaber von kleinen Spezialgeschäften, Handwerkerinnen und Handwerker, Angestellte in der Produktion. Ihr Einkommen ist teilweise oder komplett weggebrochen. Für sie sind die 222 Franken gerade einmal ein Tröpfchen auf den heissen Stein, und es ist wirklich absolut unverständlich, weshalb sie, wenn schon, nicht auch noch gerade meine 222 Franken erhalten sollten, weil sie, ganz im Gegensatz zu mir und anderen Leuten wie ich, tatsächlich in ihrer Existenz bedroht sind. Wohin soll dieses Geld letzten Endes fließen? Auch die Gewerbetreibenden leiden unterschiedlich stark unter Corona, und schon allein die Höhe des Betrags wird gewisse Branchen bevorteilen und andere komplett im Regen stehen lassen. Lebensmittel, Kleider oder eine Brille kaufen, das bietet sich an. Wird jemand wegen 222 Franken eine Band buchen, ein neues Bett kaufen oder den Gipser kommen lassen? Wahrscheinlich nicht. Wir fanden letzten Samstag die Aktion der IG Olten mit den Schirmen und Gutscheinen super und freuen uns über die grosse Resonanz. Uns erscheint dies als Ansatz wesentlich zielführender. Aber noch einmal: Wir sind absolut dafür, dass auch die Stadt im Bedarfsfall ihren Teil an Finanzhilfe leistet, und es wird sich sicher noch zeigen, wo die Corona-Massnahmen des Bundes und des Kantons am wenigsten gegriffen haben. Aber 3,4 Millionen Helikoptergeld über der Stadt abzuwerfen, finden wir im besten Fall frivol und im schlechtesten Fall einen unverantwortlichen Umgang mit Steuergeldern.

Simon Muster, Fraktion SP/Junge SP: Ich mache es ganz kurz. Die Idee der Motion ist bei uns auf sehr wohlwollende Ohren gestossen. Aber nachher war sie umstritten. Ein Teil unserer Fraktion sieht dies als einen mutigen Vorstoss und eine Idee, die sowohl dem Gewerbe als auch den Bürgerinnen und Bürgern hilft. Die Gegnerinnen und Gegner in unserer Fraktion sind der Meinung, dass dieses Geld andernorts besser eingesetzt wäre.

David Plüss, FdP-Fraktion: Als Schnapsidee würde ich dies nicht bezeichnen. Ich finde die Idee sehr sympathisch. Wir wissen alle, Corona wird das Gewerbe hart treffen, und die Krise ist noch lange nicht vorbei. Aber das Gewerbe hat mit der Aktion von letzter Woche mit diesen Schirmen und Gutscheinen gezeigt, dass sie sich durchaus selber zu helfen wissen. Was soll ich von der FdP sagen? Wir «chäre» seit ich im Gemeindeparlament bin und höchstwahrscheinlich schon 150 Jahre vorher darüber, dass wir einfach Geld sparen, Geld sparen, Geld sparen. Wir werden unsere Grundsätze dafür nicht über den Haufen werfen. Wir werden weiterhin für gesunde Finanzen schauen, und wir sind der Meinung, dass wir überhaupt in der Lage sind, jetzt über so etwas zu diskutieren, hat damit zu tun, dass man in der letzten Zeit, in den letzten Jahren, mit dem Geld gescheit umgegangen ist. Deshalb sind wir der Meinung, dass man weiterhin gescheit umgehen soll und Investitionen dort machen soll, wo sie nötig sind. Jetzt grundsätzlich zur Idee: Ja, es ist das Giesskannenprinzip. Es erhalten Leute Geld, die es gar nicht nötig haben. Wo geht das Geld überhaupt hin? Das ist eben auch fragwürdig. Ich meine, das ist die Fairness. Wen trifft diese Krise? Ein Coiffeur? Ich gehe bis Ende Jahr nicht einmal mehr zum Coiffeur. Gewisses Gewerbe profitiert von diesem Gutschein, gewisse profitieren nichts und noch einmal nichts. Das ist einfach nicht fair. Deshalb wird ein grosser Teil von uns dies ablehnen.

Thomas Kellerhals, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Auch wir finden es eigentlich eine sympathische Idee, und es hat durchaus interessante Aspekte in diesem Konzept. Von daher gesehen wären wir tatsächlich auch nicht die Ersten, die dies umsetzen würden. Der Bezug zur lokalen Wirtschaft, beispielsweise im Wallis haben sie sogar eine lokale Währung gemacht, der Farinet, er ist zwar im letzten Jahr eingestellt worden. Dort hat es dies schon gegeben. Es ist sicher so, dass es gewisse Unterstützung des lokalen Gewerbes gibt. Uns hat auch gefallen, dass es dann eine gewisse Einlösungsfrist gibt. Das führt dazu, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes relativ hoch ist und durchaus eine wirtschaftliche Aktivität in Gang kommen kann und ganz allgemein, klar, es macht bei uns und beim Gewerbe

Freude, wenn eingekauft wird. Trotzdem vier Punkte, weshalb wir dieses Konzept schlussendlich gleichwohl nicht unterstützen können. Erstens: Die Stadt hat nicht als primäre Aufgabe, Konjunkturpolitik zu betreiben. Dafür gibt es Bund, Bundesprogramm, und der Kanton hat hier seine eigenen Instrumente. Die Stadt sollte uns stattdessen lokal mit einer guten Infrastruktur ausstatten. Ich sage es jetzt einmal salopp. Ich möchte von der Stadt nicht Turnschuhe. Ich möchte eine Turnhalle, in der ich diese Turnschuhe brauchen könnte. Oder ich möchte auch nicht eine Kaffeemaschine. Ich möchte, dass ich vor dem Bahnhof nicht überfahren werde. Wir haben in Zukunft wichtige, teure Projekte vor uns. Auch den anstehenden ökologischen Wandel, der uns in Zukunft sehr stark beschäftigen wird, haben wir in den finanziellen Plänen noch nicht drin. Dafür müssen wir gut gerüstet sein. Zweitens: Ich habe die ganze Studie aus St. Gallen auch gelesen. Das ist tatsächlich spannend. Aber ich habe etwas andere Schlüsse daraus gezogen als Urs Knapp. Dort war nämlich auch eine Rangliste, wofür die Leute das Geld ausgegeben haben. An erster Stelle waren Kleider und Schuhe, gefolgt von Lebensmitteln. Das sind jetzt alle Branchen, in denen die Gewinnmarge nicht sehr gross ist. Wir können also davon ausgehen, dass das Geld, das in diesem Bereich ausgegeben wird, eigentlich dann bei Grosskonzernen und Kleider- oder Lebensmittelmultis landet, weil die Marge in dieser Branche nicht gross ist, und der grösste Teil dieses Geldes fliesst nachher eigentlich zu diesen grossen Konzernen ab. Zudem profitieren eben nicht alle Branchen gleich, und das empfinden wir auch als unfair. Drittens: Wenn wir gerade noch bei St. Gallen bleiben, ist St. Gallen finanziell anders ausgestellt als wir. Wir sollten nicht vergessen, dass der ausserordentlich gute Abschluss auch auf ausserordentlichen Effekten basiert hat. Olten hat immer noch eine mittelhohe Verschuldung, und die Risiken, wie es Benvenuto erzählt hat, sind mit der Covid-Situation noch nicht gut zu beziffern. Klar könnten wir auch in Zukunft einfach weiter Schulden machen. Es kostet ja praktisch nichts. Die Zinsen sind praktisch auf null. Aber eine der Stärken bei uns in der Schweiz, sei es auf Bundes-, kantonaler oder lokaler Basis, ist eben, dass wir nicht leichtsinnig mit Geld umgehen, sondern es dort smart einsetzen, wo es den grössten Nutzen stiftet. Viertens und letzter Punkt: Die technologische Lösung mit den eCoupons halten wir für unnötig ambitiös. Die Gefahr einer verspäteten oder zu komplizierten Lösung ist gross und kann dazu führen, dass Olten dann tatsächlich in den Medien kommt, aber vielleicht nicht aus den erhofften guten Gründen, sondern nachher zeigt, dass wir hier Schiffbruch erlitten haben. Aus den erwähnten Gründen überwiegt bei uns die Skepsis betreffend diese grundsätzlich sympathische Idee, und unsere Fraktion wird die Motion ablehnen.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Ich muss etwas vorweg sagen. Ich finde diesen Vorstoss eigentlich super und bin fast schon gewillt, dem zuzustimmen, aber nicht, weil ich glaube, es funktioniert, sondern weil es eine Diskussion anrührt, die leider bis jetzt hier noch nicht geführt wurde, nämlich was können wir als Stadt machen, um zu helfen? Ich habe jetzt ganz viele Voten gehört, in denen praktisch kein einziges Gegenbeispiel gekommen ist, was diese Stadt eigentlich machen könnte, um zu helfen. Einige haben gesagt, es ist nicht Aufgabe der Stadt, andere haben gesagt, es ist nicht in der Macht der Stadt. Aber ich finde schon, wir müssten darüber reden, was die Stadt eigentlich leisten kann, um dem Gewerbe und auch den Privathaushalten helfen zu können. Wir von Olten jetzt! fanden die Idee eigentlich sehr schön. Es gibt ganz viele Aspekte daran, wo man wirklich auch weiterdenken sollte. Ich finde zum Beispiel super, ein solches eWallet für die Stadt Olten zu machen. Das ist etwas, wo man schon längststens eine Pionierleistung hätte machen können und sagen, man könnte zum Beispiel die ganzen Gewerbe-Olten-Gutscheine ausbauen und zu einer eigenen Währung machen. Man könnte es mit einer Website machen und könnte es zum Beispiel elektronisch erfassen. Das wäre ein Beispiel, über das man diskutieren müsste. Ich glaube aber auch nicht, wie der Stadtrat ebenfalls gesagt hat, dass es innerhalb eines Monats oder zwei Monaten gemacht wäre oder auch nach dem Sommer nicht. Das muss man sauber aufziehen. Aber es ist eine gute Idee, um auch das Oltner Gewerbe und die Lokalität zu unterstützen. Ein Punkt, den wir auch kritisieren können, ist etwas, das bis jetzt noch nicht gekommen ist. Deshalb erwähne ich es noch. Es gibt viele Oltner Firmen und Unternehmen, die quasi keine Oltner Kunden haben. Sie haben zwar in Olten den Steuersitz, aber eigentlich gar nicht davon profitieren können, weil alle Leute, bei denen sie Geld verdienen, die Gutscheine gar nicht erhalten. Dann können sie eigentlich auch nichts davon haben. Das Giesskannenprinzip kann man immer kritisieren. Dort ist das Problem einfach wirklich auch,

dass ganz viele Leute nicht direkt betroffen sind und eventuell gerade wieder diejenigen profitieren, die sowieso jetzt schon schnell regenerieren können. Wo werden diese Gutscheine eingesetzt? Wahrscheinlich in den Läden, in die man ohnehin gehen würde. Dementsprechend erholen sie sich zwar schneller, aber ganz viele andere werden vielleicht noch weniger davon profitieren können. Deshalb finde ich es persönlich sehr gut. Vielleicht stimme ich ja, einfach, weil es eine gute Diskussion ist und ich auch finde, es ist endlich einmal Zeit zu überlegen, wie wir als Stadt auch hier wirklich direkter eingreifen können. Ich finde es gerade super, wenn es von der FdP kommt. Wie kann man quasi auch in den Markt eingreifen, als Stadt und als Gesellschaft? Aber unsere Fraktion ist dagegen.

Simon Muster: Ich bin ein Riesenfan dieses Vorschlags und war so enthusiastisch, dass Urs und ich sogar darüber gesprochen haben, ob wir ihn zusammen einreichen. Aber sehr wahrscheinlich hat ihn dann mein linker Stallgeruch etwas abgeschreckt. Es ist tatsächlich so, dass ich an dieser Idee sehr Freude habe. Erstens einmal unter dem Aspekt, den Philippe erwähnt hat, zwar als negativen Aspekt angebracht, aber es ist natürlich eine Umverteilung. Wir streiten hier die ganze Zeit immer über Finanzen. Ich glaube, Urs, Du wirst heute ein wenig Opfer Deines eigenen Erfolgs. Wenn selbst die grüne Fraktion bei dieser Finanzlage sagt, wir haben kein Geld für so etwas, hat sich dieser Diskurs in den letzten Jahren ja durchgesetzt. Es ist tatsächlich so. Dieser Überschuss ist von natürlichen Personen erwirtschaftet worden, weil sie in den letzten Jahren mehr Steuern als erwartet oder budgetiert bezahlt haben plus halt auch die Sondereffekte. Ich meine, die Alpiq-Aktien mussten auch einmal gekauft werden. Es ist nicht einfach so. Das wäre eine relativ faire Umverteilung zurück zu natürlichen Personen und es würde dem Gewerbe helfen. Gestern musste man das Gewerbe noch kritisieren, weil sie sprachlich nicht so gewandt sind. Aber es ist natürlich klar, dass sie in der Corona-Krise extrem leiden, genauso wie die Bevölkerung. Wenn wir über eine Finanzkrise, die kommen wird, reden, dann ist es eine Konsumkrise. Die Leute haben Angst zu konsumieren. Dann gibt es den Sicherheitsaspekt, und das führt dazu, dass sie weniger ausgeben. Jetzt, wo wir zum Beispiel heute die ganzen Lockerungen hatten, ist der Angstaspekt weg. Jetzt wäre es genau richtig, noch ein Impulsprogramm zu geben. Das Argument, es bekommen es auch Leute, die es nicht brauchen, ist ein so abgehalftertes Argument. Sockelbeiträge sind immer sehr sozial. Wenn man progressive Steuermittel nachher aus Sockelbeiträgen geben würde, bekommt der grösste Teil der Leute, die es erhalten, mehr als sie einbezahlt haben. Das ist bei der AHV so. Das ist bei all diesen sozialen Systemen so. Ich finde diese Idee extrem gut und fühle mich äusserst komisch, dass ich jetzt hier so enthusiastisch Urs zustimme. Aber es fühlt sich auch einmal gut an.

Luc Nünlist: Danke, Urs, für diesen Vorstoss. Wieder einmal bin ich etwas als Party Pooper unterwegs. Ich habe den Vorstoss ein wenig anders gelesen. Für mich ist dies eine Art Minigrundeinkommen. Deshalb ist es für mich eigentlich auch ein sehr sympathischer Ansatz. Ich lese es auch als eine Umverteilung von Steuergeldern an die Bevölkerung. Das Giesskannenprinzip, das jetzt oft kritisiert wurde, finde ich nicht so unfair. Warum? Weil von dieser Umverteilung ausschliesslich regionales Gewerbe profitieren kann, ist eigentlich auch die Investition in die regionale Wertschöpfung gewährleistet und deshalb nachhaltig. Mir gefällt dies. Die Stadt gibt eigentlich die Hand, gibt dies weiter. In der Beantwortung des Stadtrates hat mir etwas missfallen, und ich fand es schade, dass man eigentlich auch klar wieder herausliest, das Wort fällt nicht mehr, aber das ist eine Schnapsidee. Wirklich mit der Umsetzung. Ihr wolltet es nicht machen. Ich habe ein oder zwei Anrufe gemacht. Wir haben sogar in Olten Dienstleister, die dies sehr gerne umsetzen würden und dies können, sehr viel Erfahrung mit sicheren Gutscheinsystemen haben und dies relativ einfach auch können. Einen Vergleich muss ich mir schon noch erlauben, wo wir jetzt auch zwei- oder dreimal Bezug auf die Aktion des Gewerbes Olten genommen haben, was eine sympathische Aktion ist. Das finde ich tatsächlich auch. Wir durften auch mitmachen. Wir sind auch Mitglied des Gewerbeverbandes. Aber vergesst nicht: Das ist das Gegenteil des Giesskannenprinzips. Das ist ein wenig Brecht. Wer hat, dem wird gegeben. Man kann mit 400 Franken hingehen und sich 500 Franken abholen, kann also 100 Franken gratis abholen. Wer null Franken hat, kann sich auch die 100 Franken nicht abholen. Wir dürfen alle nicht vergessen, wir sind hier zu einem schönen Teil privilegierte Leute. 220 Franken machen für uns vielleicht den Braten

nicht feisst. Wir haben gestern auch über viele Leute gesprochen, die dieses Privileg nicht haben. Für diese Leute macht es den Braten vielleicht feisst, vielleicht erlaubt es einen Monatseinkauf, zwei. Denken wir auch an diese Leute, wenn wir die 220 Franken mit dem Giesskannenprinzip verteilen. Es ist für alle. Einige Leute brauchen es nicht, einige brauchen es vielleicht auch.

Michael Neuenschwander: Zwei Sachen. Ich bin einer derjenigen, die durch den Corona-Lockdown eigentlich betroffen ist und von meinen beruflichen Tätigkeiten her einer eher unsicheren Zukunft entgegenschaut, die paar Jahre, die ich noch arbeiten muss. Was habe ich in diesen zwei, drei Monaten gemacht? Ich habe natürlich das bisschen Geld, das ich habe, ganz schön zusammenbehalten und nicht irgendwie möglichst viel ausgegeben oder jetzt, wo ich es wieder könnte. Sicher nicht, sondern ich schaue jetzt auch, dass ich die Zeiten, die kommen, irgendwie überstehen kann und die Nase über dem Wasser habe. Wie wir alle wissen, bin ich hier nicht der Einzige. Von daher ist dieser Ansatz, Urs, für mich schon einmal falsch. Das einzige, das sein kann, wenn sich dies zu einer echten grossen Krise auswächst, mit Währungsproblemen usw., was wir ja alles nicht hoffen wollen, kommen wir vielleicht auch solch lokale Währungen mit Verfallsdatum wie Farinet usw. Für ganz grosse Krisen kann dies für eine Region eine Möglichkeit sein, die Geschäftstätigkeit irgendwie am Funktionieren zu halten. Aber dort sind wir zum Glück noch lange, lange nicht. Das ist einmal das Eine. Das Zweite: Urs, dieser Vorschlag kommt für mich komplett aus der falschen Ecke. Wenn ich Dir in den letzten paar Jahren zuhöre, höre ich immer alles andere, als was Du jetzt hier vorschlägst. Du willst mit dem Steuerfranken immer extra vorsichtig umgehen, extra unten bleiben, Kernaufgaben soll sich der Stadtrat überlegen, herunter, schlank bleiben, Museen schliessen etc. etc. Gestern haben wir über das Schulhaus gesprochen. Ich befürchte, von Dir dort hinten irgendwie halt, ich kann Dir nicht trauen. Dort sind für mich unlautere Absichten dahinter. Du möchtest von mir aus gesehen gerne, dass die Stadt sicher im nächsten Jahr, wenn es um die Abstimmung geht, finanziell möglichst klamm ist, damit man die Turnhallen absagen könnte und dort netto nur ein Schulhaus hat. Das ist ganz genau das, was ich nicht möchte. Ich möchte, dass man jetzt endlich die Investitionen tätigen könnte, auf die wir alle schon lange warten. Wir wissen etwa, was ansteht, und wir wissen, dass es grosse Brocken sind. Wir wissen, dass wir nur mit sehr viel Glück um grössere Steuererhöhungen herumkommen, gerade von dem her, was sich jetzt für die nächste Zeit abzeichnet. Ich bin auch von unseren sonst politischen Freundinnen und Freunden der SP enttäuscht, dass Ihr darauf hineinfällt. Sorry, aber das ist sachlich für mich absolut nicht nachvollziehbar, und ich hoffe, dass die Motion Knapp krachend den Bach hinuntergeht.

Myriam Frey Schär: Ich möchte nur noch kurz zwei Antworten geben oder auf zwei Sachen reagieren. Das Eine ist, was Simon gesagt hat. Er hat uns quasi unterstellt, wir hätten uns dem Neoliberalismus an die Brust geschmissen. Wenn Du meinem ganzen Votum zugehört hättest, hättest Du gehört, dass ich gesagt habe, man kann schon 3,4 Millionen verteilen. Wir haben dieses Geld schon, einfach nicht dafür. Wir können dies für sinnvolle Massnahmen brauchen. Das Andere ist, Luc, was ist besser, als jemandem, der es nicht braucht, und jemandem, der es braucht, je 220 «Stutz» zu geben? Ist demjenigen, der es nicht braucht, nichts zu geben, und dem Anderen 440. Aber vielleicht bin ich wirklich einfach etwas blöd.

Heinz Eng: Ich danke Urs für die mutige Idee. Mut hat immer auch mit Optimismus zu tun. Jemand, der keinen Mut hat, kann auch nie Optimismus versprühen. Nach Covid-19, wo wir ja immer noch drin sind, ich hoffe, dass es bald einmal aufhört, gilt es doch, ein Zeichen zu setzen, dass wir auch vom Parlament aus einen Optimismus haben, dass wir es erstens einmal geschafft haben und es wieder vorwärtsgeht, und dass wir auch die Entbehungen, die ja alle hatten, entsprechend honorieren. Ich bin schon viele Jahre in diesem Parlament und habe nie wirklich Optimismus gespürt. Dieses Parlament hat auch nie eine Aura von positiver Energie umgeben. Es ist eigentlich nur das Gegenteil. Es wird zerredet. Es wird heruntergemacht. Es werden grosse Fantasien und Illusionen gemacht, und am Schluss ist die Realität anders. Ich habe Optimismus gesagt. Mut und Optimismus. Ich glaube, unsere Stadtbevölkerung hatte während Covid-19 auch ganz viele Entbehungen. Mir ist es auch so ergangen. Ich war im Homeoffice. Meine Frau musste mich leider zu Hause ertragen. Meine

Kinder waren im Homeoffice. Sie musste zweimal kochen usw. Ganz viele Hausfrauen mussten ihren Arbeitsablauf umstellen. Die ältere Bevölkerung durfte je nachdem nicht mehr auf die Strasse. Wenn man noch gegangen ist, wurde man angepöbelt. Ich habe ganz viele Bekannte, die mir dies gesagt haben, dass sie plötzlich von der jüngeren Generation angemacht wurden, sie sollten zur Seite stehen. Sie seien Risikopatienten. Sie müssten jetzt nicht in die Kolonne kommen und so weiter und so fort. All die Entbehungen, die wir alle hatten, und da geht es, Stadtrat Benvenuto Savoldelli, nicht um die, welche es sich leisten oder nicht leisten können. Es sind alle gleich betroffen, alt, jung, reich wie arm. Da geht es darum, ein Zeichen zu setzen. Das wollte Urs mit seiner mutigen Idee. Wer glaubt, wenn wir dies jetzt machen und beim Schulhaus die paar Backsteine billiger, irrt. Bei den anderen Projekten, die kommen, die wir finanziell stemmen müssen, braucht es andere Ideen. Es braucht anderen Optimismus. Da geht es wirklich nur darum, ein Zeichen für die Bevölkerung zu setzen und für alle gleich. Das gibt dann hoffentlich wirklich eine positive Energie und auch eine Aura, wo wir vom Mief und Althergebrachten einmal etwas abkommen. Etwas komplett Anderes: Michael, das war deutsch gesagt komplett birnenweich. Du hast diese Wörter auch etwas in diesem Stil gebraucht. Das geht es um etwas komplett Anderes. Eine einmalige Aktion. Wir haben 4 Millionen von den Alpiq-Aktien. Diese waren nicht budgetiert. Sie waren einmal aus dem Vermögen der Oltner Bevölkerung, als sie vor Jahren herauskamen, und jetzt kommen sie zurück. Man nimmt sie jetzt in die Finanzen. Aber sie wurden vom Volk gegeben, und je nachdem könnte man sie jetzt dem Volk zurückgeben. Positive Energie, Aura, etwas aufgelockert und noch einmal merci, Urs, für Deine mutige Idee.

Dr. Arnold Uebelhart: Michael, Du hast mich gerade auf die Sache mit der Verschwörungstheorie gebracht. Da kommt mir Cicero mit der Verschwörung der Republik in den Sinn. du hast es ihnen ja auch ein wenig unterstellt. Dann ist mir in den Sinn gekommen, dass es im alten Rom die Ädilen gab. Urs ist eine Form eines Ädils, eingesetzt von der Regierung, der mehr oder weniger einfachen Bevölkerung von oben herab Gaben zu geben. Aber er hat es selber eigentlich auch gesagt, es bringe nichts so viel. Man sollte nicht einzelne Leute unterstützen, sondern man solle alle Leute unterstützen. Wenn man einzelne unterstützt, will man von ihnen nur die Zustimmung haben, damit sie einen nachher wählen. Das macht ja Urs nicht. Wir müssen jetzt nicht wie bei Cicero Stadtmauern und Häfen bauen, sondern er hatte eine andere Idee. Ich würde Euch Folgendes beliebt machen: Dies nicht einfach abzuschliessen. Es ist mir schon klar, es sind wahrscheinlich bis jetzt etwa sechs oder sieben mit Herzblut dafür. Aber ich hätte eigentlich für Urs noch die Idee gehabt, damit man dies noch retten könnte. Auch was Du gesagt hast, dass wir etwas Nachhaltiges machen. Ich finde, Stolpersteine sind einfach das Tempo und die Chain-Sache. Das ist einfach zu kompliziert. Du hast nämlich nicht die ganze Wahrheit gesagt. Du hast gesagt, Du habest geredet und hättest beim Joggen diese Idee gehabt. Was passiert beim Joggen? Beim Joggen schüttest Du Endorphine aus, so dass Benvenuto recht hat, nicht Schnapsidee, sondern eine Endorphin-Idee. Aber sie führt natürlich dazu, dass Deine Einbildungskraft steigt. Das sollte man irgendwie unterstützen. Hast Du die Möglichkeit, dass Du zum Beispiel mehr Zeit gibst. Es geht ja bis zwei Jahre. Wir müssen uns gar nicht so beeilen, Urs. Wir sind nicht am «Verlumpen». Ich glaube, das ist schon klar. Wenn du mehr Zeit hättest, und die Sache mit der Auszahlung nicht so kompliziert wäre. Das könntest du ja machen. Es ist schon klar. Sonst hat Michael hier recht einen Verschwörungsmann. Dann wird es abgelehnt. Aber ich habe das Gefühl, so würden wir etwas hinbringen.

Ernst Eggmann: Ich teile das Votum von Michael Neuenschwander. Ich bin sehr irritiert über diese Motion. Ich habe mich auch gefragt, ist es wohl so, dass man, wenn man draussen ist, gute Luft einatmet, auf so spendable Ideen kommt. Dann würde ich empfehlen, dass wir immer, bevor wir über das Budget streiten, alle zusammen zuerst einmal zwei Stunden nach draussen gehen, damit wir dann vielleicht etwas spendabler sind. Aber ich möchte auch Urs etwas in Erinnerung rufen. Ich war nicht dabei. Aber ich habe es im Protokoll vom November gelesen. Da hast du Dein Votum mit einem Zitat begonnen eines deutschen Staatsmannes. «Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiss ihres Volkes stammt». Irgendwie ist dies für mich einfach diametral anders. Du kannst doch jetzt nicht 3,3 Millionen einfach so verteilen, aber

diejenigen, die es wirklich nötig haben, einfach vergessen. Das geht nicht. Die Geschäfte haben die Möglichkeit, das Minus bis Ende Jahr aufzuarbeiten. Vielleicht gibt es ein supergutes Weihnachtsgeschäft. Wer weiss? Aber es gibt andere, die dies nicht können, und die Vereine, die ihr Jahreseinkommen an der Kilbi generieren, die im August nicht stattfinden kann, bekommen nichts und gehen einfach vergessen. Vielleicht überlegen wir uns einmal, dass wir beim Budget oder vorher einen Notfonds einrichten, dass wir sie ein wenig unterstützen. Ich weiss noch gut, wir haben einmal wegen des Cäcilienvereins über 2'000 Franken «gchäret». Nein, es ist abgelehnt worden. «Päng», Knall, Fall. Wir haben keine 2'000 Franken. Jetzt wollen wir das Hundertfache davon sprechen, einfach so, ohne Bedingungen, ohne nichts. Ich bin nicht der Meinung, dass dies gut ist. Wir sollten uns wirklich auf das besinnen, was wir sind. Wir sind für das Volk da und nicht nur für die Geschäfte.

Simon Muster: Ich rede vor allem zur grünen Fraktion. Myriam, ich habe Dein Votum gehört. Aber wenn man bei einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1'500 Franken sagt, wenn man 3,4 Millionen dort ausgibt, fehlen sie dort, dann ist es ein bisschen neoliberal. Aber okay. Vielleicht hätte ich es anders erwähnen müssen. Michael, ich bin ja das jüngste Parlamentsmitglied und bin lieber etwas naiv und laufe vielleicht hinein als zynisch. Ich vertraue, dass ehrenhafte Motive dahinter sind. Ich glaube Urs, dass er dies ernst meint. Vor allem gehe ich auch oft joggen und habe dann immer sehr gute Ideen. Sie sind meistens auch sehr ehrenhaft.

Matthias Borner: Ich habe eigentlich erwartet, dass ein Votum kommt und es ist nicht gekommen. Jetzt muss ich es halt anbringen. Du hättest diese Idee beim Joggen gehabt, die Frage ist, wann du letztes Mal joggen warst. Zweitens habe ich eher den Verdacht, Du hattest die Idee, als du während Corona aufgeräumt hast. 2009 hat Urs Knapp eine dringliche Motion eingereicht, dass man der Bevölkerung 200 Franken pro Kopf verteilen soll. Der Grund war damals, weil man so Riesenüberschüsse gemacht hatte, wollte er 20 % dieses Überschusses, 3,5 Millionen, den Leuten zurückgeben. 3,5 Millionen, damit es nicht 4 Millionen sind, damit es keine Volksabstimmung gibt. Damals wurde die übrigens angenommen. Ich wäre froh, wenn Du in Deinem Votum noch Zeit hast, hat dies nachher in dieser Stadt einen solchen konjunkturellen Push gegeben?

Daniel Kissling: Ich habe einerseits gemerkt, dass ich noch zwei, drei Sachen vergessen habe, die ich eigentlich noch sagen wollte, die ich meiner Fraktion noch schulde. Es ist die Idee, die ich von Ernst Eggmann auch noch gerade gehört habe, die super ist, dass genau auch die Vereine, dort sind wir an einem Vorstoss, berücksichtigt werden sollen. Genau dies macht der Vorstoss von Urs auch nicht wirklich. Ich glaube, Du hast zwar juristische Personen geschrieben. Nein, das sind ja Unternehmen. Was mir noch in den Sinn gekommen ist, was ich wichtig finde, ist aus Analogie. Wir haben in der Corona-Krise jetzt über Dividendenausschüttungen und über Kurzarbeit gesprochen. Weil die Stadt ja zum Teil laut Kanton nicht Kurzarbeit anmelden durfte, dürfte sie jetzt eigentlich Dividende ausschütten. Die 222 Franken wäre eine Art Dividende an die Besitzerin der Stadt Olten, nämlich die Bevölkerung der Stadt Olten. Dort könnte man als Linker dagegen sein. Aber wenn das Volk quasi die Besitzerin ist, findet man dies auf eine Art auch wieder gut. Ich möchte Michael auch noch mitgeben, dass man von Menschen halten kann, was man will und deren Motive in Betracht ziehen. Klassisch links ist aber eben nicht eine Gesinnungsethik, wenn wir jetzt noch in den Philosophieunterricht gehen wollen, sondern eine Vollgenetik. Man muss sich nämlich überlegen, was den Leuten wirklich etwas bringt. Dann kann man dagegen sein. Aber am Schluss ist es mir eigentlich egal, mit welchen Motiven jemand eine gute Idee hat, wenn ich es immer noch eine gute Idee finde. Wenn sie ihm hinten hinauskommt, unterstütze ich sie. Vielleicht lasse ich mich dann verarschen, weil drei Schritte später der Plan von Urs aufgegangen ist. Aber ich weiss jetzt auch nicht, wie er irgendwie Steuersenkungen erklären kann, wenn es wieder weniger Geld hat. Dort vielleicht erst schauen, was das Resultat ist, wenn es passiert ist.

Urs Knapp: Ich möchte mich zuerst entschuldigen, dass ich Euch so verwirrt habe. Ich habe genau gewusst, was diese Motion auslösen wird. Am 26. April hatte ich sie. Das steht in der

Begründung. Ich war auch letzten Sonntag joggen. Wir können ja einmal gemeinsam gehen. Ich habe genau gewusst, was ich auslösen werde. Ich finde die Diskussion spannend, die ich sehr genossen habe, weil ich das Gefühl habe, wir haben einmal aus verschiedenen Optiken etwas geredet. Verschwörungstheorien, gut, wer mich kennt, muss ich nicht so um die Ecke denken. Michael, wenn Dir wohl ist, kannst Du Deine Verschwörungstheorien machen. Es ist nicht so. Ich gebe Dir gerne mein Wort. Ich glaube wirklich an diese Sache. Ich bin überzeugt, dass es eine gute Sache ist. Noch zwei Sachen zum Prinzip: Es ist bewusst keine Sozialhilfe. Es geht nicht darum, dass man dies gerecht verteilt. Da gibt es andere Instrumente. Es geht darum, dass man eine Welle auslöst, dass denjenigen, die jetzt gespart haben wie Du, Michael, sagen, wenn ich die 222 Franken habe, gehe ich vielleicht doch noch einmal ins Kino oder spende es dem Cäcilienverein, Ernst. Das ist mit dieser Motion möglich. Es ist nicht nur der Detailhandel. Das Andere sind die technischen Sachen. Der Stadtrat hat ja gesagt, er habe sich noch nicht mit Spezialisten beredet. Aber er sei fest überzeugt, dass es nicht gehe. Man kann telefonieren. Ich kann diese Telefonnummern auch geben. Ich habe ein Unternehmen gefunden, dass mir praktisch für 4 Franken pro Kopf plus 2 Franken unterschrieben hätte. Für Fr. 50'000.— machen wir dies. Ich bin zwar nicht der Auftraggeber. Da ist die Kommunikation nicht enthalten. Aber man macht es. Ich wurde sogar von einer Stiftung angefragt, ob sie sich hier engagieren dürfte. Aber es geht nicht darum. Es geht darum, ob wir dies machen wollen. Simon, mit Dir gehe ich auch joggen. Aber Du musst mir vielleicht einfach eine halbe Runde oder eine Runde Vorsprung geben. Ich finde es spannend, dass man so miteinander reden kann. Ich finde an Simon etwas spannend, wo ich mich zum Teil vor ein paar Jahren auch so sah. Man denkt einmal etwas voraus. Ab und zu fliegt man auf die Nase, hat eine rote Nase, er nie, ich ab und zu. Ich habe noch einen Spruch gefunden. «Wenn es ernst wird, wenn es darum geht, neue Chancen zu nutzen und neue Wege zu erproben, dann stehen die Bedenkenträger an vorderster Front». Ich glaube, gegen Bedenkenträger gibt es ein Heilmittel, eine Medizin. Das würde Arnold Uebelhart sicher auch verschreiben lassen. «Bedenkenträger heilt man am besten mit Mutmacherei». Besten Dank für die Diskussion.

Beschluss

Mit 28 : 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Motion nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an
Beantwortende Direktion
Stadtkanzlei, Vorstossliste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Mai 2020

Prot.-Nr. 48

Dringliche Motion Luc Nünlist (SP) betr. Öffnung Schützenmatte/Beantwortung

Luc Nünlist (SP) hat als Erstunterzeichner zuhanden der Parlamentssitzung vom 28. Mai 2020 eine dringliche Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt den hinteren, bereits separierten, Teil der Badiwiese im Sommer 2020 für die Allgemeinheit frei zugänglich zu gestalten.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Covid-19-Massnahmen des Bundes betreffen den öffentlichen Raum direkt. Trotz geplanter Grenzöffnungen ist zu erwarten, dass Oltnrer/innen den Sommer in der eigenen Stadt verbringen werden und den öffentlichen Raum nutzen möchten. Eine Öffnung hat die grösste Wirkung, wenn sie sehr zeitnahe erfolgt.

Begründung:

- *Die Benutzung des öffentlichen Raumes wird sich diesen Sommer unter anderen Herausforderungen zeigen. Einerseits werden mehr Einwohner/innen den Sommer in der Stadt verbringen, andererseits müssen Ansammlungen und Menschenmengen vermieden werden.*
- *Das Vermeiden von Ansammlungen und die Einhaltung von Distanzgeboten ist einfacher, je mehr Raum der Öffentlichkeit zur Verfügung steht.*
- *Eine Benutzung durch die Badi ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar. Allerdings ist es wahrscheinlich, dass die Badi nur für eine begrenzte Besucher/innen-Zahl öffnen wird. Daher wird der hintere Teil kaum durch die Badi verwendet werden können. Ferner ist die Wasseroberfläche, nicht die Rasenfläche im Schutzkonzept Freibäder bis zum 8. Juni für die Bemessung der Besucher/innen entscheidend. Es ist davon auszugehen, dass dies die entscheidende Kenngrösse bleiben wird. Die zur Verfügung stehende Rasenfläche wird daher grob unternutzt.*
- *Die Tore sind einfach durch ein paar Schrauben zu lösen, die Kosten sind sehr tief. Eine einfache Möblierung könnte durch die Stadt mit vorhandenen Bänken gelöst werden. Mindestens ein paar Enzo-Möbel stehen in unmittelbarer Nähe zur Verfügung.*
- *Bei anderweitiger Verwendung ist die Öffnung sehr leicht rückgängig zu machen. Die Abtrennung des Badibetriebs ist einfach zu gewährleisten.*
- *Die Stadt muss sich um den Unterhalt der Wiese kümmern und sicherstellen, dass Sauberkeit und Ordnung erhalten bleiben. (Zur Klarstellung: Glasscherben und Hundekot gehören nicht auf eine öffentliche Wiese.)*

Aus diesen Gründen beantrage ich die Öffnung der Wiese für die allgemeine Verwendung.»

- - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet die Motion im Namen des Gesamtstadtrates wie folgt:

Formelles und Grundsätzliches:

Mit einer Motion verlangt das Parlament vom Stadtrat gestützt auf Art. 60 seiner Geschäftsordnung, einen Reglements- oder Beschlussesentwurf vorzulegen. Die Motion zielt somit generell darauf ab, von der Exekutive etwas zu fordern, was in der Kompetenz der Legislative liegt. Anders als die Motion verlangt das Postulat gemäss Art. 61 Geschäftsordnung vom Stadtrat, zu prüfen, ob ein Reglements- oder Beschlussesentwurf zu erarbeiten oder ob eine Massnahme, die in der Kompetenz der Exekutive liegt, zu treffen oder zu unterlassen sein.

Das Begehren des Motionärs betrifft den Zugang zu einer Liegenschaft des Verwaltungsvermögens der Stadt Olten. Dessen Regelung liegt in der Kompetenz der Exekutive, das heisst des Stadtrates. Der Vorstoss kann daher nicht als Motion, sondern nur als Postulat behandelt werden.

Zum Inhalt:

Vorerst lässt sich festhalten, dass sich der Stadtrat darum bemüht hat, die Badi in Olten für eine beschränkte Anzahl von Sport-Schwimmerinnen und Schwimmern bereits ab dem 11. Mai 2020 öffnen zu können. Voraussetzung dafür wäre unter anderem die Genehmigung des Schutzkonzepts des Verbands Hallen- und Freibäder durch den Bund gewesen. Zwischenzeitlich hat der Verband Hallen- und Freibäder allerdings bekanntgegeben, dass das beim Bund eingereichte Schutzkonzept mit 10 m² Wasserfläche pro Person nicht per 11. Mai 2020, sondern voraussichtlich erst per 8. Juni 2020 greifen werde. Das Schutzkonzept wäre zwingende Voraussetzung für eine teilweise Öffnung gewesen. Kurzfristig hätte die Oltner Badi somit nur für wenige organisierte Gruppen à 5 Personen (gemäss Versammlungsverbot) öffnen dürfen. Dies machte weder betriebswirtschaftlich Sinn, noch wäre der dafür erforderliche Aufwand für wenige Personen von der Bevölkerung verstanden worden. Zudem hätte die Auslese der geringen Zahl von Personen, die zum Schwimmbetrieb eingelassen hätten werden können, sicherlich für Unmut gesorgt. Schliesslich hätten – der damaligen COVID-19-Verordnung folgend – auch sämtliche Wiesen des Freibades abgesperrt werden müssen. Dass die Badi Olten deshalb, wie im Übrigen auch die anderen Badeanstalten in der Umgebung, vorderhand geschlossen blieb, wurde in weiten Teilen der Bevölkerung verstanden und akzeptiert.

Zum Zeitpunkt der Verfassung dieser Beantwortung dieses dringlichen Vorstosses geht der Stadtrat davon aus, dass der Bundesrat am 27. Mai 2020, aufgrund des Pandemieverlaufs, definitiv darüber entschieden hat, ob Schwimmbäder ab dem 8. Juni 2020 öffnen dürfen und das Versammlungsverbot gelockert wurde.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass mit dem Datum der Eröffnung sicherlich auch die Wiese hinter der Badi/Schützi für die Badi-Gäste zugänglich gemacht werden wird. Dies, weil nicht nur die Wasserfläche der Badebecken, sondern auch die gesamthaft zur Verfügung stehende Liege- und Rasenfläche dafür massgebend sein wird, wie viele Besucher/innen dannzumal eingelassen werden dürfen. Der Aufenthalt in der Badi ist dann neben dem Schwimmen auch für ein Sonnenbad möglich, auch wenn dies zeitlich beschränkt sein wird.

Eine kurzfristige, von der Badi unabhängige allgemeine Öffnung der genannten Wiese ist aus Sicht des Stadtrates weder sinnvoll noch zielführend. Zum einen vertritt der Stadtrat die Auffassung, dass in der Stadt, auch ohne die öffentliche Freigabe dieser Wiese, grundsätzlich noch genügend Freiflächen für den Aufenthalt im Freien zur Verfügung stehen. Andererseits wäre bei einer uneingeschränkten Öffnung wohl kaum zu verhindern – auch wenn die Stadt für Unterhalt, Sauberkeit und Ordnung sorgen soll – dass die Wiese bspw. auch von Hunden frequentiert werden würde. Eine dauerhafte Überwachung ist nicht verhältnismässig.

Deren Hinterlassenschaften wären auf einer Liegewiese der Badi bzw. im Umfeld eines auf höchste Hygienestandards ausgerichteten Badebetriebes aber völlig fehl am Platz. Auch Glasscherben könnten ein späteres (Verletzungs-) Problem darstellen.

Angesichts der vorerwähnten Darlegungen empfiehlt der Stadtrat dem Parlament das Postulat nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich werde dem Erstunterzeichner gleich das Wort geben. Vor zwei Tagen habe ich ihm bereits kurz Bescheid gegeben. Ihr konntet es lesen. Der Stadtrat hat gesagt, die Kompetenz dieses Vorstosses liegt beim Stadtrat. Das heisst, er ist nicht motionsfähig. Der Stadtrat beantragt, dies als Postulat zu überweisen. Ich werde nachher den Motionär auch fragen, ob er damit einverstanden ist. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit von der Stadtkanzlei auch schon einmal ein solches Merkblatt erhalten, was passiert, wenn es keine Umwandlung in ein Postulat gibt. Dort konnten wir lesen, dass nicht der Titel des Vorstosses entscheidend ist, sondern eben die Kompetenz, ist sie beim Parlament oder beim Stadtrat? Bei diesem ist sie beim Stadtrat, das heisst, auch wenn es vom Titel her als Motion überwiesen wird, wird der Stadtrat dies als Postulat entgegennehmen und dies prüfen, respektive er hat schon geprüft. Wenn aber dann der Motionär nicht damit einverstanden ist, wovon ich ausgehe, ich habe vorhin noch einmal mit ihm gesprochen, steht für ihn dann der Beschwerdeweg, das heisst der Rechtsweg, offen, und er kann dies anfechten. Wir würden es behandeln, aber dann so vorgehen.

Luc Nünlist: Das ist eine Diskussion, die wir schon ab und zu hatten und eine, die ich nicht vermissen werde. Ich habe mir heute extra als Vorbereitung noch eine Kopie von Seite 18 der Geschäftsordnung ausgedruckt, die Begriffe der Motion und des Postulats noch einmal nachgelesen. Für mich ist dies ganz klar eine Motion. Ich verlange vom Stadtrat, dass er uns einen Beschlussesentwurf vorlegt und nicht, dass er prüft, ob eine Massnahme zu treffen sei oder nicht. Ich rede noch ganz kurz zur Begründung der Motion. Wir haben gestern kurz über die Dringlichkeit gesprochen. Es geht eigentlich darum, dass wir in diesem Sommer den öffentlichen Raum sicher unter anderen Herausforderungen nützen müssen, und dass man so ein wenig auf die Covid-Distanz-Gebote, wie wir hier auch im Essensaal, Rücksicht nehmen kann, ist einfacher, je mehr Raum man hat. Dann geht es etwas um die Badiwiese. Ihr wisst alle, welche Ecke ich meine, diejenige in der Verlängerung hinter der Schützenmatte. Ganz kurz, weil wir uns auch sehr oft über Kosten unterhalten haben, auch gerade eben, diese Kosten werden extrem tief sein. Die Tore sind sehr einfach zu lösen. Die Kosten sind tief. Wenn man es dann unbedingt möchte, ist dies auch jederzeit wieder reversibel. Dies die ganz kurzen Eckpunkte. Zurück zur Frage des Stadtrates: Aus meiner Sicht bin ich mit einer Umwandlung in ein Postulat nicht einverstanden. Eine Umwandlung in ein Postulat wäre eine Kapitulation vor der Paragrafenreiterei des Stadtrates. Ich bin vom Stadtrat enttäuscht, von Dir auch, Thomas. Du als Kantonsrat weisst, wie das neue Gemeindegesetz funktioniert. Dass Du einer parlamentarischen Debatte aus dem Weg gehen möchtest und juristische Ausflüchte suchst, weshalb ein Auftrag an die Regierung nicht möglich sein soll, finde ich schade. Das Anliegen ist eigentlich äusserst einfach, und wir müssen uns nicht entmutigen lassen. Der Auftrag lautet, nehmt den Zaun weg oder öffnet ihn

zumindest, öffnet die Wiese, gestaltet sie für die Öffentlichkeit zugänglich, wie ist Euch überlassen, meinetwegen Stadtratskompetenz. Anstelle dieses simplen Auftrags und zudem eigentlich auch gültige Argumente zu liefern, kommt der Stadtrat jetzt und will uns weismachen, wir hätten die Kompetenz nicht, über diesen Zaun zu reden und über die Öffnung dieses Zauns zu befinden. Er verweist darauf, dass der Vorstoss nur als Postulat möglich wäre. Ein Postulat würde aber bedeuten, dass der Stadtrat eine Öffnung prüft, und die Beantwortung auf diese Prüfung haben wir schon erhalten. Sie lautet: Ein Hund könnte Gassi gehen. Deshalb machen wir es lieber nicht. Das kann es nicht sein. Lasst Euch als Legislative nicht entmutigen. Wir haben als Parlament die Aufsicht über den Stadtrat, und wir dürfen ihm Aufträge erteilen. Dass die Beantwortung jetzt so ausfällt, als dürften wir dies nicht, ist abenteuerlich. Ich komme zum Inhalt. Es gibt aus meiner Sicht ein gewichtiges Argument, das zur Vorsicht gegenüber meiner Motion aufruft. Das kommt in der Beantwortung des Stadtrates nicht einmal vor. Das ist die Anzahl zugelassener Badigäste. Sie könnte tatsächlich sinken, wenn ein allenfalls zukünftiges Schutzkonzept, statt wie bisher, nicht die Wasseroberfläche als Kenngrösse nimmt, sondern die Gesamtrasenfläche, die Gesamtfläche der Badi, die Gesamtquadratmeter. Das heisst, wir könnten vorne am Eingang allenfalls weniger Leute hereinlassen. Das ist nicht in meinem Sinne. Ich will niemandem den Badibesuch verbieten. Das wäre ein Effekt, wenn man dort öffnen würde. Dieses Argument gilt aber exklusiv nur für die zahlenden Badinutzerinnen und -nutzer. Es lohnt sich aber schon, kurz nachzudenken, dass die Gesamtzahl von Nutzerinnen und Nutzern auf dieser Fläche nicht sinkt. Sie wird steigen. Wir können mehr Leute auf diese Fläche lassen, insbesondere, weil die Wiese dann frei zugänglich ist. Diese Plätze gehen nicht verloren. Sie sind für alle offen. Eine Öffnung ist also kein Verlust an Plätzen. Sie ist ein Gewinn an Plätzen. Insbesondere lohnt sich in diesem Zusammenhang auch hervorzuheben, dass genau dieser hinterste Teil an sehr stark frequentierten Baditagen wirklich krass unternützt ist. Ihr kennt dies alle, diejenigen, die in der Badi sind. Dort hinten wird bestenfalls ein paar Minuten Ball gespielt. Fast niemand legt dort sein Tuch hin und verbringt den Nachmittag. Diese Plätze gehen nicht verloren, noch einmal. Eine derartige Maximalbesuchfrequenz, damit dort hinten überhaupt Leute hingehen, wird es in diesem Sommer sowieso nicht geben, weil so viele Leute, dass es bis dort hinten drückt, können wir nicht in die Badi lassen. Die inhaltlichen Argumente des Stadtrates gegen eine Öffnung sind enttäuschend schwach. Ich möchte aber trotzdem kurz auf die verschiedenen Punkte eingehen. Mit der Öffnung dieser Wiese gewinnen wir eine zusätzliche attraktive städtische Liegewiese für die Allgemeinheit. Der Stadtrat behauptet, wir haben schon genügend Aufenthaltsplätze. Dem widerspreche ich wirklich gerne und vehement. Wir haben in der Innenstadt keine, zu wenig Aufenthaltsqualität geschaffen. Wir haben immer weniger Parkbänke, Sitzgelegenheiten, und wir haben die Öffentlichkeit von den schönsten Plätzen ferngehalten. Wir haben entweder Konsumzwang errichtet oder einander herumgeschoben. Versteht mich nicht falsch. Eine Buvette ist etwas Sensationelles. Aber ohne auch Konsum und ohne Eintrittsgebühr müssen wir die Sonne in unserer Stadt geniessen können. Wir haben es gestern auch oft besprochen. Es ist Zeit, dass die Oltnerinnen und Oltner ihre Stadt bespielen und bevölkern. Jetzt müssen wir ihnen den Raum dazu geben. Als Argument wurden hygienische Aspekte genannt. Das ist wirklich im wahrsten Sinne des Wortes ein Scheissargument. Weder Hunde noch Menschen sollten irgendwo ihre oder die Hinterlassenschaften des Anderen liegenlassen. Wer diesem Gebot nicht nachkommt, bekommt es zukünftig vermutlich mit einer Intervention der SIP zu spüren. Dass aber auf einem Teil eine Notdurft verrichtet werden könnte und auf der anderen Seite gebadet wird, und das in der Überschneidung problematisch ist, ist einfach kein Argument. Das ist auch schon heute so. Auf einem Teil sind Hunde und auf dem anderen die Badi. Wenn man den Zaun verschiebt, ist es immer noch so. Das Wasser ist immer noch durch einen Zaun geschützt. Das ist kein Argument. Es ist hinfällig. Das Gleiche gilt für die ominösen Glasscherben. Nirgends in der ganzen Stadt ist es einfacher, beim Verlassen dieser Liegewiese das Glas einfach wieder zu entsorgen. Der Weg führt an der Recycling-Station vorbei. Auch dieses Argument überzeugt mich überhaupt nicht. Mehr ist in dieser Beantwortung inhaltlich nicht zu finden. Der Stadtrat will die Wiese nicht öffnen, und er will uns auch nicht erlauben, darüber zu abstimmen. Das finde ich schwach, und ich möchte beliebt machen, dass wir diesen Sommer der Allgemeinheit kostenfrei eine freie Wiese zur

Verfügung stellen. Wir haben dem Gastgewerbe mehr Raum gegeben. Das war toll, nötig und richtig. Jetzt muss auch die Öffentlichkeit von mehr Freiraum profitieren und zwar zwölf Monate pro Jahr, nicht nur wegen der Badi-Öffnungszeit. Thomas, Du bist unter dem Motto Olten für alle, statt für wenige gewählt. Vergiss dies auch nicht. Dein Bericht und Antrag sieht für mich beim besten Willen nicht nach sozialdemokratischer Stadtentwicklung in meiner Vorstellung aus. Besten Dank.

Tobias Oetiker: Wir von Olten jetzt! stören uns auch daran, dass die Wiese nicht offen ist und haben uns über den Vorstoss von Luc gefreut, haben auch die Bedenken des Stadtrates gesehen. Aber seit gestern sind sie natürlich gegenstandslos. Wir haben ja jetzt die SIP, die dafür sorgen wird, dass sich die Hunde auf dieser Wiese gesellschaftskonform benehmen und die Menschen natürlich auch. Deshalb sind wir total dafür.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Wir haben dieses Geschäft zusammen angeschaut und fanden, dass wir eigentlich auch nicht verstehen, weshalb man Plätze in Olten schön behält und damit sie ja niemand betritt, macht man noch einen Zaun darum herum und hat auch noch, dass ihn die Leute mit dem Hund betreten. Deshalb sahen wir eigentlich keinen Grund, weshalb man dem nicht zustimmen kann. Wir werden ja sagen. Wir haben ja jetzt auch eine SIP, die dort für Ordnung sorgen wird. Deshalb wollen wir dies einmal probieren. Die Kosten sind ja tief. Man kann wieder schliessen, wenn es nicht klappt.

Raphael Schär, Fraktion Grüne: Auch wir finden den Vorstoss unterstützenswert. Es ist ja so, dass, anstatt mehr Raum zu geben, in vielen Städten Raum genommen wurde und man hat Pärke geschlossen. Mit dieser Entscheidung habe ich jetzt noch Mühe. Ich glaube, es wäre auch anders gegangen. In Olten hat man zum Glück Ruhe bewahrt. Man musste nur den Ländiweg sperren. Aber man konnte andere Pärke offenlassen, so dass diejenigen, die nicht ihren eigenen Garten im Einfamilienhaus haben, auch noch irgendwo in den Grünraum gehen können. Nur ist es so, dass der öffentliche Raum knapp ist, und Abstand halten bleibt auch nach den neuesten Entscheidungen die Devise. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag, damit wir mehr Platz haben, um uns in einem Grünraum aufhalten zu können und diesen Sommer hier zu geniessen. Besten Dank für das Einbringen und dass Du hier daran bleibst.

Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Auch wir sehen, dass trotz der verbesserten aktuellen Covid-Situation ein spezieller Sommer bevorsteht, obwohl ja eigentlich die nächsten grösseren Auswirkungen ab Herbst wieder prognostiziert werden. Wir sehen aber auch die Punkte des Stadtrates, dass eben gerade, wenn man die Badi für möglichst viele Leute sinnvoll öffnen will, auch viel Fläche gebraucht wird und vielleicht bei der Wiese, die sonst auch in unserer Wahrnehmung eher sehr schlecht genutzt wurde, gerade in diesem Jahr der Bedarf besteht. Wir würden, wenn schon, dort eher anregen, dass man vielleicht in diesem Jahr über die Eintrittspreise der Badi auch noch nachdenken würde, gerade wenn man schreibt, dass es vielleicht zeitlich noch beschränkt ist und man irgendwelche Rabattaktionen in Erwägung ziehen könnte, damit die Wiese gleichwohl für eine gewisse Zeit zum Verweilen oder zum Spielen der Kinder genutzt werden könnte. Eine Mehrheit von uns hat bei dieser Öffnung Bedenken, gerade auch nach den Diskussionen von gestern zur SIP, die übrigens nicht von heute auf morgen installiert werden kann, wir haben gehört, es braucht noch eine Ausschreibung, bei der gewisse Fristen eingehalten werden müssen, und die Öffnung sollte ja möglichst rasch erfolgen, wenn wir die Voten des Motionärs gestern gehört haben und auch in der Motion lesen «Die Stadt muss sich um den Unterhalt der Wiese kümmern und sicherstellen, dass Sauberkeit und Ordnung erhalten bleibt» Wir sind doch mehrheitlich der Ansicht, dass es nicht Sache der Stadt ist, sondern jedes einzelnen Nutzers. Aber anscheinend gilt dies ja für die Schwächsten nicht, und sie dürfen Lärmimmissionen für Anwohner machen. Es interessiert dann anscheinend niemanden. Zigarettensammel, Glasscherben und Bierdeckel findet man auch auf sehr vielen öffentlichen Plätzen in der Stadt, gerade auch auf Spielplätzen, wo sie höchst gefährlich sind und einfach nicht dorthin gehören würden. Dem muss man auch Rechnung tragen. Deshalb finden wir, es sollte wirklich erst dann geprüft werden, wenn wir hoffentlich wieder einen

normalen Sommer haben, in dem es die Badi braucht und man auch ein Auge darauf haben kann. Eine Mindermeinung von uns unterstützt allerdings den Vorstoss, weil sie auch für eine rasche Öffnung ist.

Christian Ginsig: Die Parzelle, von der wir hier reden, hat 2'200 Quadratmeter. Das ist etwa der Platz für vier Einfamilienhäuschen mitten in der Stadt. Ich fahre dort sehr oft vorbei. Für mich ist dies einfach totes Land. Es ist aber ein städtischer Grund, und ich sehe nicht ein, wieso die Bevölkerung dort nicht Zugang haben soll. Im Sommer nutzt diese Wiese, wie wir schon gehört haben, kaum jemand, im Winter ist die ebenfalls eingezäunt. Es ist klar, man musste dies irgendeinmal machen. Stichwort Drogenszene. Das ist aber jetzt etliche Jahre her, und es ist auch Zeit, die Zäune einzureissen. Nicht alle hatten vielleicht während Corona zu Hause eine komfortable Situation mit einem eigenen Gärtchen, wie es möglicherweise viele hier haben. Man hat es im Vögelgarten gesehen, man hat es im Stadtpark gesehen, sehr viele Leute, welche die Pärke genutzt haben. Ich sehe nicht ein, weshalb man nicht auch eine Wiese in dieser Form nutzen können sollte. Es haben auch nicht alle Leute die Möglichkeit, für acht Franken einen Badienritt zu lösen, und möchten vielleicht gleichwohl ein Picknick im Grünen machen. Aus diesem Grund werde ich dieses Votum als Vertreter der Grünliberalen unterstützen.

Dr. Christine von Arx: Ich bin bewusst Einzelsprecherin. Zuerst eine Vorbemerkung: Bei der Badi handelt es sich um eine Institution, wo man sich einerseits zum Volkssport trifft, aber ist andererseits auch ein sozialer Treffpunkt, wo sich Leute aller Gattung treffen und Zeit miteinander verbringen. Wir von den Sozialdemokraten haben deshalb seinerzeit, als die Badipreise erhöht wurden, darum gekämpft, dass man bei den alten Preisen bleibt, damit auch wirklich jeder dorthin gehen kann. Dieser Institution müssen wir Sorge tragen. Die Auslastung der Badi an den Spitzentagen zeigt, dass die Badi einem grossen Bedürfnis entspricht. Deshalb kommt jetzt die vorliegende Motion eigentlich zu einem zu frühen Zeitpunkt. Das massgebende Schutzkonzept der Hallen und Freibäder hat vorgesehen, dass im Wasser pro Person zehn Quadratmeter Platz sein müssen und in der Badi selber zehn Quadratmeter pro Person Liegefläche. Das heute veröffentlichte Konzept dieser Vereinigung sieht wieder die genau gleichen Vorschriften vor. Das entspricht auch dem, was Bundesrat Berset gestern an der Presskonferenz angedeutet hat. Das bedeutet in diesem Sommer, dass man möglichst viel Platz für Liegeflächen braucht, damit möglichst viele Leute in die Badi gehen können. Ob dieses Konzept dann von der Stadt so umgesetzt wird, wird sich in Zukunft zeigen. Erst dann wird man darüber entscheiden können, ob man diesen Teil der Wiese preisgeben können wird oder nicht. Das Schutzkonzept ist 300 Personen, und mehr dürfen nicht gehen, weil es quasi die zulässige Gruppengrösse oder Veranstaltungsrösse ist, die man hat. Da ist es kein Problem, dass man die Liegewiese freigibt. Dann sind da die Argumente des Stadtrates wegen der Sauberkeit dieses Platzes. Es mag vielleicht vorgeschoben sein. Aber wenn ich sehe, wie die Trottermatte aussieht, wo es genau auch einen Glascontainer daneben hat, stelle ich mir schon die Frage, wo hier die Selbstverantwortung der Leute ist. Die Welt ist nicht perfekt. Man muss zudem sagen, dass die Leute, die gerne draussen sind, ungezwungen an einem Ort, an dem sie keinen Eintritt zahlen müssen, auf einem Stück Rasen liegen können, sie haben in dieser Stadt genug Platz oder jedenfalls mehr Platz als diejenigen, die in die Badi wollen. Es gibt den Stadtpark, es gibt die Trottermatte, es gibt die Bifangmatte, es gibt den Vögelgarten. Bis jetzt gibt es auf diesen Plätzen keinerlei Einschränkungen, im Gegensatz zum Zutritt zur Badi. Dann möchte auch ich darauf hinweisen, dass es sich bei dieser Motion um ein Postulat handelt, weil es klar in die Kompetenz des Stadtrates eingreift. Gerade auch zusammen damit, dass dieser Antrag eben zu früh ist, ist es problematisch, wenn man ihn jetzt als Auftrag gibt. Sinnvoller wäre, wenn man dies schon möchte, dass man die als Prüfungsauftrag gibt. Der Stadtrat kann, wenn er das Schutzkonzept für die Badi hat, abwägen, was höher zu gewichten ist, die Interessen der Badigäste oder die Interessen derjenigen Leute, die zwar in dieser Stadt sonst schon genug Platz haben, aber diese Wiese jetzt auch noch in Beschlag nehmen wollen.

Urs Knapp: Es ist ein Prüfauftrag. Es ist ganz klar. Es ist keine Motion. Dieser Prüfauftrag wird für die Sommer wahrscheinlich zu spät kommen. Aber er spricht ein grundsätzliches Problem an, dass ein wichtiger Platz in der Stadt 365 Tage im Jahr abgeschlossen ist, dass man Zäune errichtet. Ich werde diesem Prüfauftrag als Prüfauftrag zustimmen. Ich finde, das ist keine Haltung, dass man solche Plätze einfach absperrt. Es passt auch etwas zu dem, was passiert. Ich nehme an, einige von Euch haben dies auch gehört. Die Aareschwimmer sind im Augenblick etwas unzufrieden, weil die Stadt den natürlichen Ausstieg auch mit Gittern verbarriadiert. Das führt unter anderem dazu, dass man nicht bei der Badi hinausgehen kann. Man muss bei der Dünnern vorbei, und dort es ist relativ gefährlich. Man kann sagen, im Sommer kommt man vielleicht zum Schluss, nein, man kann die Wiese nicht öffnen. Man braucht sie für die Badi. Okay. Aber mindestens ab Mitte September, wenn die Badi schliessen wird, bis anfangs Mai, wenn sie wieder geöffnet wird, ist die eine tote Fläche, mit schönen Gittern abgesperrt, und bringt der Stadtentwicklung nichts. Mindestens sollte man prüfen, ob man dort nicht öffnen kann.

Felix Wettstein: Ich melde mich gleich mit der Replik an Dich, Urs Knapp. Wenn Du dem als prüfvorstoss zustimmen willst, kannst Du gleichzeitig ablehnen, weil diese Prüfung schon erfolgt ist, wie wir lesen konnten, und das Resultat der Prüfung ist auch bereits drin, nämlich der Stadtrat will nichts. Wir haben als Parlament das Recht, den Stadtrat zu etwas zu beauftragen, und dieses Recht nehmen wir doch jetzt wahr. Du hast selber die Argumente geliefert, weshalb es so, wie in den ich weiss nicht wie vielen Jahren, rund 20 Jahr, war, mit diesem Platz tatsächlich nicht gemeint sein kann. Prüfen müssen wir nicht mehr. Handeln müssen wir. Deshalb müssen wir ja sagen, ohne dass man in ein Postulat umwandelt.

Stadtrat Thomas Marbet: Die Meinungen scheinen gemacht sein. Ich äussere mich aber trotzdem gerne noch. Stadt am Strand der Aare, ist nicht nur ein Studenten- und Studentinnenlied, es ist auch die Haltung des Stadtrates, nämlich die schönste Parzelle am Aarebord, die schönste Parzelle am Wasser, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Deshalb ist dort nicht Finanzvermögen und Einfamilienhäuschen am Wasser, sondern es ist Verwaltungsvermögen. Es ist öffentlicher Grund, und diesen wollen wir möglichst für alle Besucherinnen und Besucher, Jugendliche, Kinder zugänglich machen, die in die Badi gehen. Wir sind bemüht, das Schutzkonzept jetzt zu erarbeiten oder zu modifizieren, damit wir möglichst viele Leute in die Badi lassen können, in diesem Sommer, in dem vielleicht die Mobilität trotzdem noch etwas eingeschränkt ist, auch wenn ein Teil der Landesgrenzen jetzt wieder geöffnet wird. Eine Reduktion dieser Fläche bedeutet, wir haben es gehört, 2'200 Quadratmeter, ein Minus von 400 Eintritten. Das mag nicht so eine grosse Rolle spielen, wenn man davon ausgeht, dass man nur 300 hineinlassen kann. Das gäbe ja dann minus 100. Ich setze mich dafür ein, dass man diese Zahl erhöhen kann. Wie viele man dann ins Becken lassen kann, das prüfen wir noch. Mein Ziel ist es, dass man eigentlich 1'000 hineinlassen kann. Daraufhin arbeite ich jetzt für Samstag in einer Woche. Die Frage ist immer noch, und da konnte sich der Kanton auch nicht äussern, was die Badi ist. Ist die Badi eine Veranstaltung, ein Anlass, ist es eine Sportstätte, eine Freizeitanlage? Das hängt etwas vom Gesichtspunkt ab. Letztlich ist es auch ein wenig alles, weil wir verschiedene Nutzungen haben. Wir haben diejenigen, die vor allem die Sonne suchen. Wir haben Sportschwimmer. Wir haben den nautischen Klub, der dort auch Tauchgänge macht. Wir haben die Beachvolleyballer und auch Schwimmschulen. Es ist eigentlich eine vielseitige und vielfältige Nutzung, die in der Badi stattfindet. Deshalb möchten wir dies auch möglichst gross öffnen können. Öffnen bedeutet aber im Zeitpunkt oder unter den Prämissen von Abstand eben auch Platz. Nutzer mal Abstand gibt Platz. Mit einer Reduktion des Platzes reduziert man die Anzahl der Eintritte. Das fänden wir sehr schade. Ich setze mich dafür ein, dass möglichst viele hineingehen können. Wahrscheinlich wird man es auch bei der Zeit befristen müssen, dass man nicht einen Eintritt für einen Tag macht, sondern eine Vormittagszeit und Nachmittagszeit machen wird oder man sagt, man geht drei Stunden, und wenn man übersitzt, wie man dies bei den privaten Bädern sieht, zahlt man nachher am Automaten beim Drehkreuz eine weitere Gebühr oder ähnlich wie auch beim Parkhaus. Es ist natürlich so, dass man sich mehr Freiflächen wünscht. Aber ich möchte doch noch einmal erwähnen, dass wir die Bifangmatte, Trottermatte, Römermatte, den Vögelgarten und

Stadtpark haben. Die Chilegasse ist auch ein Platz. Es ist eine Gasse. Aber es ist eigentlich ein Platz. Man kann auch auf die Chilestiege gehen, wenn man sich traut, und man hat auch keinen Konsumtionszwang. Es ist nicht so, dass man diese Plätze nicht nutzen kann. Mit der Idee, dass man dies im Winter freigeben könnte, könnte ich mich eigentlich noch anfreunden, Urs. Ich finde diesen Vorschlag noch spannend. Den Ort finde ich falsch, dies dem Badiperimeter zu entziehen und zu riskieren, dass wir bei einer grösseren Zahl von Eintritten, die wir realisieren möchten, nachher durch die Eintritte eine Reduktion erhalten. Wir möchten selbstverständlich, dass dieser Spickel durch Fussballer, Faustballer, Frisbee, was man dort unten auch immer sieht, bespielt wird, aber eigentlich im Rahmen der Badi, auch im Rahmen einer sauberen, gereinigten Wiese, die auch keine Risiken für die Benutzer birgt. Wer dort den hinteren Gang schon gemacht, ich bin jetzt innerhalb von zwei Tagen dreimal nach hinten gefahren, sieht natürlich schon, dass es doch einige Hinterlassenschaften hat. Jetzt mussten wir aus Corona-Gründen schliessen oder konnten nicht öffnen. Es wäre mir nicht recht, wenn wir aus hygienischen Gründen ein Problem hätten. Deshalb möchte ich Euch ersuchen, die Motion nicht erheblich zu erklären. Merci.

Beschluss

Mit 23 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Motion erheblich erklärt.

Mitteilung an
Direktion Bau, Kurt Schneider
Direktion Bau, Urs Kissling
Direktion Bau, Markus Lack
Werkhof, René Wernli
Stadtkanzlei, Vorstossliste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Mai 2020

Prot.-Nr. 49

Postulat Ernst Eggmann betr. Parkplatzbewirtschaftung bei Stadthalle und Eissportanlagen/Beantwortung

Im Februar 2019 reichte Ernst Eggmann (parteilos) folgenden Vorstoss ein:

«Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen, welche sinnvollen Varianten zur Parkplatzbewirtschaftung bei der Eishalle und Stadthalle bestehen. Diese sollte verträglich für die Vereine und umliegenden Firmen sein. Dem gratis Dauerparkieren auf öffentlichem Grund sollte jedoch angemessen entgegengetreten werden. Es kann nicht sein, dass die Bauherren verpflichtet wurden, unterirdische Garagen zu erstellen, diese nun nicht entsprechend vermieten können, weil die Gratis-Parkplätze benutzt werden. Die Bewertung der öffentlichen Parkfläche ist sowieso angezeigt, da eine grosse private Sporthalle geplant wird.

Begründung

Es stehen bei der Eis- und Stadthalle ca. 380 öffentliche Parkplätze zur Verfügung. Gratis. Das ist schlecht verträglich mit der Oltnen Jahresrechnung. Es gilt darum: „Brach liegende“ Einnahmequellen zu optimieren. Die Erstellung der Sportanlagen für die Allgemeinheit ist das Eine, die ungedeckten Kosten für den Unterhalt der Parkplätze das Andere. Die Eishalle verfügt über ca. 250, die Stadthalle ca. 140 Gratis-Parkplätze. Die rege benutzten Parkplätze generieren indessen keine Einnahmen aber hohe Unterhaltskosten.

Im Zuge der fortschreitenden Besiedelung des Kleinholz parkieren leider immer mehr ihre Autos lieber rund um die Uhr gratis auf öffentlichem Grund, als in den dafür extra gebauten unterirdischen Parkanlagen. Sie sparen dadurch jährlich bis zu 1'500.-, zum Schaden der Bauherren und Stadtkasse.

Eigentümlich mutet der meidende Umgang der Sportler des ÖV an! Sollten doch gerade Sportler, welche in der Stadt wohnen, motiviert sein den ÖV oder das Fahrrad zu nutzen und nicht mit dem PW zum Training vorzufahren. All diese Autos fahren unnötig durch die Stadt, welche ihrerseits mit grossen Anstrengungen versucht, das Verkehrsaufkommen zu drosseln.

Die Parkplätze werden bei Veranstaltungen intensiv von Auswärtigen benutzt. Unter der Woche belegen die Angestellten der umliegenden Firmen die Parkplätze bis zu 85%. Kann sich unsere Stadt eine solche Quersubventionierung überhaupt noch leisten? Nein! Richtig wäre: Jeder sollte den seiner Nutzung entsprechenden Beitrag zur teuren öffentlichen Infrastruktur leisten.

Im Baurecht soll eine riesige Sporthalle über die Parkplätze erstellt werden. Das verlangt unverzichtbar nach einer Wertbestimmung des Bodens. Dieser Wert soll als Richtwert herangezogen werden um zu bestimmen, welcher Erlös mit der Bewirtschaftung erzielt werden kann/muss.

Es sollte nicht die Absicht sein, mit Einführung der Parkplatzbewirtschaftung ein Renditeobjekt der 1. Klasse zu erhalten; für die Anwohner, Vereine und umliegenden Firmen dürfen durchaus erträgliche Tarife angeboten werden können.

Mögliche Varianten:

Die meisten Parkplätze bei der Eishalle und die hinteren bei der Stadthalle könnten künftig ohne grossen zusätzlichen Aufwand mit einer Barriere abgesichert werden. Die restlichen Parkplätze könnten in eine Blaue-Zone umgewandelt werden, wie andernorts in der Stadt erfolgreich eingeführt. Die Einführung entsprechender Parkbewilligungen hat sich bereits bewährt. Für die mit Schranken gesicherten Plätze könnten Abos ausgegeben werden.

Für Vereine:

Den Vereinen sollte es möglich sein, ein angemessenes Kontingent Parkkarten für die Auswärtigen Mitglieder zu einem vorteilhaften Tarif zu reservieren. Mittels einer Abokarte wäre der Zugang durch die Barriere problemlos gewährleistet.

Für Firmen:

Um den Firmen/Angestellten der umliegenden Betriebe entgegen zu kommen, könnten ebenfalls Abos zu speziellen Tarifen ausgegeben werden. Ob diese den Benutzern selbst oder vom Arbeitgeber an dieselben ausgegeben werden sollen, ist Gegenstand der zu führenden Gesprächen und Vereinbarungen.

Förderung des ÖV's:

Die Vereine sollten angehalten werden, ihre aktiven Mitglieder dazu aufzurufen, unbedingt vermehrt den zur Verfügung stehenden ÖV zu benutzen. Dies macht besonders Sinn bei Sportlern, welche in Olten selbst wohnen.»

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Vorbemerkung:

An der Sitzung vom 28. März 2019 wurde der Vorstoss von der damaligen Parlamentspräsidentin als Eingang erwähnt. In der darauffolgenden Stadtratssitzung vom 1. April 2019, in welcher die eingegangenen Vorstösse an die zuständigen Direktionen zur Beantwortung überwiesen wurden, erscheint das Postulat aber nicht auf der Liste, ebenso auch nicht in der Geschäftskontrolle, die dem Parlamentsbüro jeweils vorliegt. Wir danken dem Postulanten für seine Beharrlichkeit in dieser Frage und bitten ihn für die lange Dauer der Behandlung um Entschuldigung.

Zum Inhalt:

Das Anliegen des Postulats wurde aufgrund der Erkenntnis im Rahmen des Parkierungsreglements, dass die Bewirtschaftungspflicht auch auf die beiden im Postulat erwähnten Areale ausgedehnt werden müsste, bereits bearbeitet. Die zu berücksichtigenden Nutzungen im Umfeld der beiden Parkplätze sind vielfältig und reichen von Wohnen über Freizeit bis zu Industrienutzungen. Entsprechend ist der Weg zu einer Bewirtschaftung, welche der Stadtrat im Grundsatz befürwortet, komplex und aufwändig. Der Stadtrat möchte diesen Weg aber weiter beschreiten und empfiehlt dem Parlament daher, das Postulat als erheblich zu erklären.

- - - -

Ernst Eggmann: Reden wir doch als Abwechslung einmal über Einnahmen statt über Ausgaben. Vielleicht fällt uns dies etwas leichter. Ich bin froh, dass jetzt nach 1,25 Jahren der Antrag endlich vorgelegt werden kann. Ebenfalls bin ich froh, dass die zuständigen Leute, Stellen, Ordnung und Sicherheit in der Zwischenzeit nicht untätig waren und doch schon Sachen vorbereitet und erarbeitet haben. Aller guten Dinge sind drei. Ich bin froh, dass der Stadtrat aufgrund dieser Erkenntnis, die er bereits erarbeitet hat, diesen Vorschlag als erheblich empfiehlt. Ich werde nicht mehr gross auf das eingehen, was ich in meinem Postulat angesprochen habe. Das konntet Ihr nachlesen. Deshalb nur noch kurz zwei, drei Gedanken. Die Einführung der Parkplatzbewirtschaftung bei der Stadthalle und bei der Eissporthalle ist eine anspruchsvolle Sache, gelten doch dort oben andere Bedingungen als zum Beispiel für die Parkplätze in der Schützenmatte. Warum? Dort oben werden die Parkplätze tagsüber von den Firmen respektive von den Angestellten dieser Firmen sehr rege benutzt. Am Abend und ebenfalls am Samstag und Sonntag werden die Hallen respektive Parkplätze rege von den Leuten, welche sich in den Sportanlagen aufhalten, benutzt. Deshalb braucht es auch eine andere Bewirtschaftung, die dies am Abend und Samstag und Sonntag berücksichtigt. Sonst macht es irgendwie keinen Sinn, wenn man nur Firmen respektive die Angestellten der Firmen zur Kasse bitten würde. Es sollen alle, die dies benützen, zur Begleichung der Kosten, die dort entstehen, beitragen. Das finde ich richtig. Wir haben als Stadt auch das Umweltschutzlabel. Dann hat ja noch eine kleine Minderheit den Klimanotstand ausgerufen. Deshalb wäre es jetzt schon auch an der Zeit, dass man dort oben die Benutzer der Anlagen leicht dazu stossen würde, dass sich doch mehr den ÖV benutzen würden oder vielleicht gleich selber hinaufrennen würden. Dann hätten sie schon das Einlaufen hinter sich. Andererseits ist es auch gegenüber den Bauunternehmern fair, die man zum Bauen von unterirdischen Garagen verdonnert hat, die jetzt aber diese Parkplätze nicht vermieten können, weil bestimmte Leute sie halt eben gratis benutzen. Das ist dann eine Kosteneinsparung pro Jahr von rund Fr. 1'300.—. Das ist ein schöner Zustupf an die Steuern. Ich finde, wir sollten dies wirklich überweisen und dem Antrag des Stadtrates ebenfalls folgen. Ich bedanke mich.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Vorab, lieber Ernst, Entschuldigung, dass dieses Postulat nicht verloren ging, sondern wir haben es irgendwie nicht mehr gefunden. Wir haben erahnt, es muss irgendwo sein. Aber wir haben es nicht mehr gefunden. Das Zweite, das ich sagen möchte, unabhängig von diesem Postulat, hatte der Stadtrat dieses Gebiet schon vor der Diskussion Mobilitätsplan, Parkplatzbewirtschaftung im Auge. Das ist nämlich die grösste Fläche in der Stadt Olten, die mit weissen Parkfeldern dekoriert ist. Wenn man die Grösse und Anzahl dieser Parkplätze sieht, ist dies eigentlich immens. Wir haben andere Städte in der Schweiz, die ähnlich um Sportanlagen herum auch weisse Markierungen haben, natürlich auch, weil es dort Sportler auch brauchen. Dieser Konflikt, wenn ich so sagen darf, einerseits Sportler, andererseits Gewerbe, dann aber auch Anwohner, ist dort oben spürbar. Der Stadtrat hat schon an mehreren Sitzungen Diskussionen geführt und verschiedene Modelle auch geprüft. Wir vom Stadtrat möchten dort gerne auch eine Bewirtschaftung machen, unter anderem nach dem Prinzip der Gleichheit. Es ist nicht einzusehen, wieso es in diesem Wohnquartier dort oben weisse Parkplätze gibt und im Säli oder Schöngrund blaue Markierungen sind und eine Parkkarte gelöst werden muss. Wie die Bewirtschaftung erfolgen soll, da sind wir noch am Diskutieren. Wir sind daran zu prüfen, ob es gebührenpflichtige Parkplätze oder blaue Zonen sind, dass die Anwohner durchaus auch die entsprechenden Parkkarten lösen können. Wir sind im Gespräch mit dem Gewerbe, dem Industrie- und Handelsverein, weil dort tatsächlich Gewerbe angesiedelt ist, das darauf angewiesen ist, dass dort Parkplätze vorhanden sind. Wir sind daran, Lösungen zu suchen, um dort das ansässige Gewerbe entsprechend unterstützen zu können. Wir haben aber auch mit Wohnbaugenossenschaften, die ihren Sitz dort oben haben, Gespräche geführt. Mit anderen Worten: Wir sind daran und möchten Euch vom Parlament bitten, dass wir dies weiterhin prüfen und schlussendlich einer guten Lösung zuführen können.

Tobias Oetiker, Olten jetzt!: Im Reglement über die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten, Punkt 5, Verkehr, Artikel 16, parkieren auf öffentlichem Grund, 2. Das Parken

auf öffentlichem Grund ist grundsätzlich zeitlich beschränkt und 3. Die Beschränkung erfolgt durch die Einführung blauer Zonen oder durch Parkgebühren. Das steht im Reglement seit 2016. Das hat jetzt niemand erwähnt. Aber wir haben ja auch gewisse gesetzliche Grundlagen für unsere Arbeit und warum ihnen nicht einfach folgen? Wir sind dafür, dass diese Parkplätze etwas kosten oder zeitlich beschränkt sind.

Dr. Christine von Arx, Fraktion SP/Junge SP: Für uns ist nicht nachvollziehbar, wieso die Parkplätze im Kleinholz noch gratis sind. Wie gesagt, wir haben ja eigentlich eine gesetzliche Grundlage. Aus unserer Sicht sollten alle Parkplätze auf öffentlichem Grund in der Stadt Olten aus ökologischen und finanziellen Gründen kostenpflichtig sein und bewirtschaftet werden. Die Benützung der Autos soll nicht attraktiv sein und schon gar nicht dort oben, weil dieses Gebiet mit dem öffentlichen Verkehr hervorragend erschlossen ist. Martin hat es gesagt. Es ist auch eine Ungleichbehandlung der Anwohnerinnen und Anwohner dort oben im Vergleich zu den restlichen Bewohnerinnen und Bewohner in der Stadt, die, wie gesagt, Parkkarten kaufen müssen und nur blaue Parkplätze zur Verfügung haben. Es ist auch eine Ungleichbehandlung mit anderen Sportlerinnen und Sportlern, weil man bei anderen Sportstätten zahlen muss, zum Beispiel in der Schützi. Wir bitten aber den Stadtrat darum, auch wenn es jetzt nur ein Postulat ist, weil es nicht anders geht, dass er dieses Anliegen ernsthaft prüft und auch tatsächlich umsetzt und nicht einfach nach einer Prüfung zum Schluss kommt, es geht nicht. Wir unterstützen dieses Postulat, in der Meinung, dass es eigentlich ein Auftrag zur Umsetzung ist.

Christian Werner: Ich bin ganz spontan noch zum Fraktionssprecher erkoren worden und möchte bekanntgeben, dass die SVP-Fraktion diesen Vorstoss ablehnen wird. Ich möchte daran erinnern, dass wir im letzten Jahr über das Parkierungsreglement abgestimmt haben, und in diesem Zusammenhang wäre ja vorgesehen gewesen, dass man genau die Parkplätze, von denen wir jetzt reden, bewirtschaftet hätte. Ihr könnt Euch vielleicht an den Abstimmungskampf erinnern. Eines der ganz zentralen, tragenden Argumente der Gegner, das durch die Sportvereine vorgetragen wurde, war genau, dass man eben diese Parkplätze dort nicht bewirtschaftet, dass sie für die Sportvereine, auch für die Jugendlichen, gratis bleiben, und das Volk hat am Schluss entschieden. Wir sind klar der Meinung, dass man das Verdikt des Volks ernst nehmen muss. Wenn man genau diese Parkplätze, bei denen eben das Volk entschieden hat, dass sie nicht bewirtschaftet werden sollen, jetzt bewirtschaften will, nimmt man den Entscheid, der nicht viel mehr als ein Jahr alt ist, nach unserem Dafürhalten zu wenig ernst. Insofern lehnen wir ab, und es ist vielleicht auch kein Zufall, dass gerade diejenigen, die ja für das Parkierungsreglement waren, auch jetzt bekanntgegeben haben, dass sie diesem Vorstoss zustimmen. Das Volk hat anders entschieden, als die damalige Mehrheit hier.

Beat Felber, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir danken Ernst Eggmann für diesen interessanten Vorstoss, der in unserer Fraktion durchaus Sympathien geniesst. Christian, Du hast gesagt, das Volk habe das Parkierungsreglement abgelehnt und zwar deutlich. Aber es hat nicht über die Parkplätze im Kleinholz abgestimmt, sondern generell über das Parkierungsreglement. Ich glaube, hier geht es einfach auch grundsätzlich um eine etwas andere Sache. Es ist schon mehrfach gesagt worden. Es geht wirklich darum, dass auch eine gewisse Gleichberechtigung zwischen den verschiedenen Stadtteilen herrscht. Bei uns hat deshalb vor allem der Umstand für Diskussionsstoff gesorgt, dass scheinbar viele Anwohner des Kleinholzes von diesen üppig vorhandenen Gratisparkplätzen unrechtmässig profitieren und so vor allem private Liegenschaftsbesitzer prellen, denn diese müssen bei Wohnbauten eine Mindestanzahl Parkplätze bauen. Ernst hat es gesagt. Wenn jetzt aber Mieter, weil sie in der nächsten Nähe Gratisparkplatz-Alternativen haben, auf die Mieten der Parkplätze, die gebaut wurden, verzichten, ist dies stossend und hat sehr wenig mit Gleichberechtigung zu tun. Wir haben soweit verstanden, dass es aufgrund der verschiedenen Nutzungsbedürfnisse für dieses Problem keine 0815-Lösung gibt, doch gerade die vom Ernst erwähnten Schrankenanlagen sind für solche Situationen prädestiniert. Zutrittskontrollen können heute via Chip-Karten oder mit QR-Codes über jedes Handy bis zu

Nummernschilderkennungen für viele Nutzer gleichzeitig und einfach zugänglich gemacht werden. Wir sind überzeugt, dass es möglich ist, für die Industrie, Vereine, aber auch für Grundeigentümer und Investoren eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Wir nehmen auch mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Stadtrat den Prüfungsauftrag begrüsst. Er zeigt damit, dass ihm die Rechtsgleichheit wirklich wichtig ist. In diesem Sinne überweisen wir das Postulat von Ernst einstimmig.

Felix Wettstein: Die Grünen sind dafür. Sie sind für dieses Postulat zu haben und stimmen insbesondere sämtlichen Argumenten, die der Postulant selber gebracht hat zu.

Reto Grolimund: Ich versuche, nicht viel länger als Felix zu werden. Die FdP orientiert sich auch am damaligen Volksentscheid zum Parkierungsreglement. Wir haben uns in der Fraktion nicht sehr lange, aber genau in diesem Sinne noch einmal darüber ausgetauscht und sind der Meinung, dass man den Entscheid, den das Volk getroffen hat, ernst nehmen soll. Wir lehnen das Postulat in diesem Sinne ab. Martin, natürlich dürft Ihr weiter prüfen, weil Ihr ja schon am Prüfen, aber offenbar, seit Ernst dies geschrieben hat, seit eineinhalb Jahren. Deshalb haben wir auch nicht Angst, dass es zu schnell vorwärtsgesht.

Beschluss

Mit 26 : 12 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat erheblich erklärt.

Mitteilung an
Stadtkanzlei, Vorstossliste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Mai 2020

Prot.-Nr. 50

Verabschiedung Christian Werner

Matthias Borner:

Sehr geehrter Herr Präsident,
Werte Ratsmitglieder
Liebe Vertreter der Presse
Lieber Christian

Die Geschäftsordnung unseres Parlaments sieht ja eine Verabschiedung nicht vor. Aber jemand mit Deinem Leistungsausweis hat doch ein paar Worte verdient. Du bist am 17. März 2005 als Parlamentarier durch den Parlamentspräsidenten Markus Ammann vereidigt worden. Ich habe in den Protokollen nachgeschaut und muss sagen, dass ich schon etwas ein Déjà-vu hatte. Es ist wirklich aus dem Jahr 2005. Wie man es sich vorstellen kann, konnte es Christian Werner nicht abwarten und hat sich schon in der ersten Sitzung gemeldet. Ich zitiere: «Ich habe mit Freude Kenntnis genommen von diesen drei kritischen Fragen von Herrn Knapp. Ich würde jede einzelne unterschreiben. Die Antwort des Stadtrats hat mich weniger überzeugt. Aber das ist etwas Anderes». Ihr seht, gewisse Wortbausteine hat er beibehalten. Nach seiner ersten Wortmeldung ist er auch gleich darunter gekommen. Eine gewisse Gemeinderätin Heidi Ehram: «Hier muss ich vehement dagegenstehen». Ein zukünftiger Stadtrat und CVP-Fraktionspräsident hat dann ziemlich die Kutteln geputzt, wenn man es einmal so sagen darf. Ich zitiere dies jetzt nicht. Ihr seht, es war quasi eine Hamburger Taufe. Für diejenigen, die nicht im Militär waren, das ist so die erste Prüfung im ersten WK. Du warst 15 Jahre lang im Gemeinderat, von 2005 bis 2011 in der Integrationskommission und von 2009 bis 2012 in der GPK, welche Du auch präsiert hast. Du warst sehr aktiv und hast mit Deinen prägnanten Voten den parlamentarischen Betrieb mitgeprägt. Aber Du hattest auch keine Berührungängste und warst auch gerne einmal in Kontakt mit Parlamentariern aus anderen Fraktionen. Dabei bist Du sogar schon mit einem Linkspopulisten erwischt worden. Für mich als Fraktionspräsident ist dies natürlich ein Verlust. Aber ich kann dies verstehen und gönne es Dir auch, wenn Du ein paar Abende mehr hast, um Elias, Emanuel, aber auch Nadja ins Bett zu bringen. Ich habe auch ein kleines Geschenk für Dich. Mir ist gesagt worden, er müsse rauchig und nicht allzu blumig sein. Ich habe einen Whisky für Dich. Für alle, die denken, es sei ein vollständiger Abschied. Mir ist noch aufgefallen, dass er in seinem Demissionsschreiben nur den Gemeinderat erwähnt hat. Von seinem Amt als Ersatzmitglied der Abwasserregion ist er nicht zurückgetreten. Er bleibt uns hier noch ein wenig erhalten. Christian, alles Gute. Du bist, ausser bei einer Corona-Welle, jederzeit eingeladen, unsere Debatten zu verfolgen, wenn wir Dir fehlen. Mache es gut.»

Christian Werner bedankt sich herzlich.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Merci vielmals, Matthias. Ich kann mich diesen Worten nur anschliessen. Ich habe es gestern schon gesagt. Christian, ich wünsche Dir alles Gute, viel Zeit mit der Familie, und im Kantonsrat gehst Du uns ja noch nicht verloren.

Mitteilung an
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich danke Euch herzlich für die lebendigen und angeregten Diskussionen heute. Sie waren auch jederzeit fair und sachlich. Ich glaube, so müssen wir als Parlament genau funktionieren. Es hat mir sehr gefallen. Jetzt wünsche ich noch einen schönen Abend, ein gutes nach Hause kommen. Wir sehen uns am 24. und 25. Juni 2020 wieder. Wir haben nämlich noch etwas Arbeit vor uns. Es gibt einige Vorstösse, die wir noch behandeln müssen. Merci vielmals und bis zum nächsten Mal.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.